



DAS
BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 1 März 2006

Inhaltsverzeichnis

- 3 **Editorial**
«Klein, aber fein» oder aus-
ufernder Siedlungsbrei
- 4 **Schulinitiative «Eine Fremd-
sprache auf der Primarstufe»**
Parlez-vous Frenglish?
- 6 **Lade für Soziokultur**
Viel Spielraum (von 9 bis 99)
- 8 **Steuergesetz**
Attraktiv und zahlbar für alle
- 10 **Regierungsrat**
Viel Betrieb in der Sicher-
heitsdirektion
- 12 **EINWURF von LINKS –
Alternativer Fussball**
Eine Internationale der
Fussballphilosophen
- 14 **Nomination Regierungs-
ratswahlen (19. Mai)**
3 für 2
- 18 **1000 Frauen für den Frieden**
idée suisse – global unter-
stützt
- 20 **Nationalrat**
Fussball und Neomilitaris-
mus
- 23 **Wirtschaft**
Das Geschwätz vom
Wachstum
- 24 **Serviceteil**
Buch
Kino
Frontal
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

Umfrage betreffend Wachstumsstrategien für Das BULLETIN

Ende Januar 2006 haben die Abonnentinnen und Abonnenten des BULLETINs einen Umfragebogen von zwei Studentinnen der Hochschule für Wirtschaft Luzern erhalten. Der Rücklauf betrug 15,4 %, was ein gutes Resultat ist. Im Moment werden die Antworten ausgewertet und im Juni-Heft werden die Ergebnisse veröffentlicht.

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

Zug «klein, aber fein»? Oder ausufernder Siedlungsbrei?

Die Teilrevision der Ortsplanung in der Stadt Zug ist in vollem Gange. Letztes Jahr wurde ein Entwicklungskonzept erarbeitet, welches die Grundsätze und die generellen raumplanerischen Strategien der angestrebten Entwicklung festlegt. Die öffentliche Mitwirkung fand bis zum 31. Januar 2006 statt, nun wird das Konzept überarbeitet.

Als Mitglieder der Bau- und Planungskommission im Grossen Gemeinderat, welche gleichzeitig als Begleitgruppe der Ortsplanungsrevision fungiert, setzen Urs E. Meier und ich uns für ein bescheideneres Bevölkerungswachstum und den Erhalt unseres Lebensraums ein.

Der Stadtrat hat als Ziel festgelegt, dass die qualitative Entwicklung der Stadt Vorrang habe vor der quantitativen. Dieses Ziel ist zu begrüßen, im Entwicklungskonzept ist es allerdings nicht konsequent umgesetzt.

So wird zum Beispiel das im kantonalen Richtplan vorgesehene Bevölkerungswachstum auf 29'000 Einwohner nicht in Frage gestellt und einfach übernommen. Zur Erinnerung: Ende 2005 betrug die Wohnbevölkerung in Zug 24'500 – und in der Vernehmlassung zum Richtplan plädierte der Stadtrat noch für 27'500.

Daraus resultieren logischerweise auch hohe Wachstumsraten. Viel mehr Strassen und Parkplätze; Zersiedelung durch zahlreiche Neu-Einzonungen, aber auch grosse Bau-Verdichtung in den Quartieren, insbesondere in Zug West und Nord. Die ungelösten Verkehrsprobleme und der Druck auf die Verkehrswege werden mit der weiteren Bevölkerungszunahme noch grösser. Dem überbordenden Wachstum wird die Qualität des Lebensraums geopfert.

Folgende Beispiele zeigen, dass im Entwicklungskonzept in verschiedenen Punkten direkte Widersprüche bestehen ... Eine Lorzenebene als Naherholungs- und Landwirtschaftsgebiet ist mit einer Verlängerung der General-Guisan-Strasse nicht vereinbar. Eine Begegnungs- oder autofreie Zone in der Innenstadt ist mit den geplanten Einfallstrassen und Autobahnzufahrten nicht realisierbar. Das Konzept benennt diese Widersprüche nicht.

Die Alternativen in Zug fordern, dass sich der Stadtrat unabhängig von der Realisierung der Nordzufahrt vorrangig für die Realisierung des Stadttunnels einsetzt.

Ich bin davon überzeugt, dass für die nächsten 15 Jahre auf Einzonungen verzichtet werden kann, da grundsätzlich noch ausreichend unbebautes, bereits eingezontes Land vorhanden ist. Eher müsste erwogen werden, eingezontes Land nicht bauwilliger Besitzer vorerst wieder auszuzonen und im Gegenzug bei Bedarf Ersatz zu schaffen. Die «Ausdünnung» (immer mehr Wohnfläche pro Person) dürfte oder darf in den nächsten Jahren nicht mehr im gleichen Mass voranschreiten wie bisher. Dabei ist festzuhalten, dass die zugerische Tiefststeuerpolitik für die Ausdünnung mitverantwortlich ist. Reiche Zuzüger oder Firmen können sich grossflächige Wohnungen beziehungsweise Steuerdomizile leisten.

Ich halte eine Bevölkerungsobergrenze von 26'000 bis 27'000 Personen in 15 Jahren für vertretbar. Dies entspricht einem Wachstum von 0,6 bis 0,7 Prozent, was sogar über dem Stadtzuger Wachstum der Jahre 2000 bis 2003 läge und schweizerischer Durchschnitt bedeuten würde.



Astrid Estermann, Gemeinderätin Alternative (SGA), Stadtratskandidatin, Zug

Unsere noch immer lebenswerte Region darf die verbliebenen Trümpfe nicht dem Wachstumswahn preisgeben und sich als Geldgenerator für den Rest der Schweiz verstehen. Ich erkenne für unseren Kanton keinen Sinn darin, sich quasi zu opfern, damit andere Regionen mit weniger Wachstumspotential ihre Freiräume und ihre Lebensqualität erhalten und dank unseren Ausgleichszahlungen trotzdem gut leben und ihren intakten Lebensraum geniessen können.

Die Wende vom «klein, aber fein» zum ausufernden Siedlungsbrei und somit zum Verlust der Attraktivität ist nicht mehr weit. Wir nähern uns der Grenze zur anonymen Gesellschaft mit all ihren negativen und für Zug ungewohnten Begleiterscheinungen – Schritt für Schritt, Parzelle um Parzelle.

Eine ETH-Studie besagt: Gefällt ein Gebiet seinen Bewohnern nicht mehr, verliert es mit der Zeit nicht nur als Erholungs- sondern auch als Wirtschaftsraum an Bedeutung. Das sollten wir bei der Planung der Zukunft nie vergessen. ■

Parlez-you Frenglish?

Nach Kontrahenten in der Debatte zum Fremdsprachenunterricht an der Primarschule brauchte das BULLETIN nicht lange zu suchen. Redaktionsmitglied Natalie Chiodi und ihr gelegentlicher Stellvertreter in der Redaktion kreuzen die Klängen. Textbearbeitung BULLETIN-Redaktion Bild Adelina Odermatt

Natalie Chiodi unterrichtet an einer Sonderschule im Kanton Zug und absolviert zurzeit eine heilpädagogische Zusatzausbildung. **Gerhard Schmid** war unter anderem Schulbuchredaktor und wirkte 15 Jahre als Dozent in der Zürcher Lehrerbildung und -fortbildung.

Natalie Chiodi: Ich bin froh, dass wir im Kanton Zug über die Anzahl Fremdsprachen auf der Primarstufe abstimmen können.

Gerhard Schmid: Mir behagt ein Volksscheid in Lehrplanfragen gar nicht, denn die Festlegung des Fächerkanons für die Volksschule reibt sich an Zielkonflikten in einem komplexen Spannungsfeld. Das verträgt keine Reduktion auf plakative Parolen.

Chiodi: Die Nutzung des Initiativrechts war die einzige Möglichkeit, um einem fragwürdigen Harmonisierungsdiktat der Erziehungsdirektorenkonferenz, der EDK, entgegenzuwirken ...

Schmid: ... so dass wir nun einen emotionalen Glaubenskampf austragen.

Chiodi: In diesem Gespräch hoffentlich nicht. Meine pädagogische Erfahrung

«Viele Kinder sind bereits mit einer Fremdsprache überfordert.» (Chiodi)

lehrt mich, dass viele Schülerinnen und Schüler bereits mit einer Fremdsprache auf der Primarstufe überfordert sind.

Schmid: Dem Phänomen lernschwacher Kinder kommen wir mit einem Fächer-

verzicht nicht bei. Für mich hätte bei dieser Logik seinerzeit Zeichnen und Turnen aus dem Stundenplan gestrichen werden müssen.

Chiodi: Eine individuelle und ganzheitliche Förderung, zum Beispiel der Sinnesbereiche, sowie reale Erlebnisse sind wichtige Voraussetzungen für eine fundierte Ausbildung der Kinder. Abgesehen davon geht es gar nicht um Lernverzicht, sondern um einen geeigneteren Start der zweiten Fremdsprache: Im Modell 3/7 würde spätestens in der 3. Klasse mit der ersten Fremdsprache begonnen und an der Oberstufe mit der zweiten, also erst nach erfolgter Selektion, was durchaus Sinn macht.

«In der ganzen EU wird das Modell 3/5 ohne Überforderungsbedenken umgesetzt.» (Schmid)

Schmid: Mit dem Modell 3/5 stützt sich die EDK auf Ergebnisse der Hirn- und Spracherwerbsforschung sowie auf die Ziele des Europarates. In der ganzen EU wird das Modell 3/5 ohne Überforderungsbedenken umgesetzt. Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer ist grossmehrheitlich für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe ...

Chiodi: ... mit Vorbehalten allerdings, was die Rahmenbedingungen für einen wirksamen Unterricht betrifft und in Sorge um allfällige Schäden bei anderen wichtigen Bildungsaufgaben. Auf die Frage, ob das Modell 3/5 oder 3/7 bis zum Ende der Schulzeit zu einer höheren Sprachkompetenz führt, hat die Wissenschaft noch keine schlüssige Antwort.

Schmid: Das wäre in der Tat erst bei vergleichenden Studien beider Modelle über einen längeren Zeitraum möglich.

Chiodi: Bezüglich Unterrichtsorganisation, Lehrmitteln oder Fortbildungsangeboten geht es nicht ohne Zusatzaufwand mit Kostenfolgen. Sparübungen werden aber die nötigen Optimierungen verhindern. Ausserdem sind die mehr-

fach bemängelten Lücken in der Beherrschung der deutschen Sprache kein guter Boden für den Ausbau des Fremdsprachenlernens.

Schmid: Sprachzerfall bei der jungen Generation waren schon im Athen und Rom des Altertums ein Thema. Tatsache ist, dass sich gewisse Fertigkeiten verschieben, zum Beispiel weniger korrekte Orthographie und Grammatik, dafür vielleicht mehr Spontaneität, bessere Textgliederung und Gewichtung von Informationsgehalt und Zweckdienlichkeit in Dokumenten.

«Die Weichen werden nicht in der Schule, sondern im Bilderbuchalter gestellt.» (Schmid)

Unbestritten ist allerdings, dass eine gefestigte Erstsprache den Erwerb weiterer Sprachen begünstigt, aber hierfür werden die Weichen nicht in der Schule, sondern im Bilderbuchalter gestellt. Kinder aus spracharmem Milieu haben es deutlich schwerer, und zwar unabhängig von ihrer Muttersprache.

Chiodi: Ausgerechnet dann, wenn Kinder anfangen, sich in der Muttersprache differenzierter auszudrücken, konfrontiert man sie kurz nacheinander mit einfachsten Strukturen in zwei Fremdsprachen. Dies hemmt die muttersprachliche Entwicklung.

Schmid: Das Gegenteil trifft zu. Die daraus entstehende Wechselwirkung stärkt und verfeinert das Sprachgefühl.

Chiodi: Für viele mag das zutreffen, nicht aber für Kinder mit Spracherwerbsstörungen. Zudem würden mit derart sprachlastigen Lernzielen die bereits weit fortgeschrittenen Bemühungen, lernschwache Kinder in Regelklassen zu integrieren, zunichte gemacht. Was geschieht mit «Abhängern», das heisst Lernenden, die dem Unterricht nicht folgen können? Sind Ersatzangebote oder Niveaurokurse bereits an der Primarschule vorgesehen?



Verstehen und sich verständigen ist das Ziel.

Schmid: Um vielen Lerntypen gerecht zu werden, beruht ein motivierender Fremdsprachunterricht auf Methodenvielfalt. Kommunikatives und interaktives Sprechhandeln, szenische Darstellungen, musische Elemente und anregende Spielformen, wobei zwischen den Fertigkeiten Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben ein stufengerechter Ausgleich herrscht. Um das Üben und Vertiefen kommen wir aber nicht herum. Auch hier gilt: Repetitio mater studiorum!

Chiodi: So schiebst du die Verantwortung einfach auf die Lehrpersonen ab. Im Gegensatz zum natürlichen Spracherwerb beim Kleinkind, dem wirksamen prozeduralen Lernen, reduziert sich der Spracherwerb in der Schule auf explizites oder vermitteltes Lernen in einem zeitlich eng begrenzten Rahmen.

«Je früher, desto aufnahmefähiger.» (Schmid)

Schmid: Jedes Kind im Bildungsraum Schweiz sollte Zugang haben zu Fremdsprachen, und zwar in einem Alter, wo die Voraussetzungen dazu günstig sind. Je früher, desto aufnahmefähiger. Sprach-

gewöhnung und damit die grundlegenden Fähigkeiten, sich verständigen zu können, bilden das primäre Ziel.

«Bei lernschwachen Kindern ist die Verständigung teilweise nicht einmal in der Muttersprache gefestigt.» (Chiodi)

Chiodi: Das ist der springende Punkt: Bei lernschwachen Kindern ist die Verständigung teilweise nicht einmal in der Muttersprache gefestigt. Ob da zwei Fremdsprachen Sinn machen? Qualität sollte vor Quantität kommen!

Schmid: Niemand kann von sich behaupten, er beherrsche eine Sprache. Die Sprachentwicklung läuft weniger von der fehlerhaften zur korrekten als von der einfachen zur komplexen Ausdrucksform. An der Initiative 3/7 stört mich unter anderem, dass sie auf die Frage, welche Fremdsprache zuerst, keine Antwort hat ...

Chiodi: ...und das absichtlich. Es geht nicht darum, eine Sprache der Nähe gegen eine Sprache der grossen Verbreitung auszuspielen, sondern um eine vernünftige Abfolge.

Schmid: Mit Englisch als einziger Fremdsprache auf der Primarstufe

wären Dutzende von Millionen Franken für die Vorverlegung des Französischunterrichts – fälschlicherweise oft als Frühfranzösisch bezeichnet – in den Sand gesetzt worden. Staatspolitisch, lernpsychologisch und sprachlogisch würde sich übrigens die Reihenfolge zuerst Französisch, dann Englisch aufdrängen, aber hier scheint die Politik wirtschaftliche Überlegungen höher zu werten.

Chiodi: Das finanzielle Argument zählt für mich nicht. Hätte man die Einführung der zweiten Fremdsprache auf der Oberstufe belassen, wäre das a priori viel günstiger gekommen.

«Die Kadenz an Reformen hat die Lehrkräfte bis an die Grenzen des Zumutbaren gefordert.» (Chiodi)

Chiodi: Überforderung ist und bleibt das Kernproblem ...

Schmid: ... teilweise auch für die Lehrkräfte, was mit ein Grund war für die Initiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» in verschiedenen Kantonen.

Chiodi: Vergiss bitte nicht, dass die Kadenz von Reformen die Lehrkräfte in den letzten 30 Jahren bis an die Grenze des Zumutbaren gefordert hat.

Schulinitiative

Schmid: Ein Schulsystem ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Gewisse Neuerungen beanspruchten in der Schweiz Jahrzehnte, bis sie – wenn überhaupt – umgesetzt waren. So etwa der Spätsommer-Schuljahresbeginn oder die Vorverlegung des Unterrichts in der ersten Fremdsprache – 1975 beschlossen, im Kanton Aargau bis heute nicht vollzogen.

«Glücklicherweise hat Schaffhausen das Modell 3/7 verworfen.» (Schmid)

Schmid: Glücklicherweise hat der Kanton Schaffhausen fürs Erste einen Flurschaden in der schweizerischen Bildungspolitik abgewendet, indem er das Modell 3/7 an der Urne verwarf.

Chiodi: Äusserst knapp, so dass noch nichts entschieden ist. Nidwalden und Appenzell haben Französisch bereits aus dem Lehrplan der Primarschule gekippt. Obwalden, Schwyz und Glarus wollen dem Beispiel folgen. Die Harmonisierungsbestrebungen auf nationaler Ebene laufen so oder so ins Leere.

Schmid: Wenn dem so wäre, müsste der Bund eingreifen. Gleichzeitig mit der Initiative wird am 21. Mai auch über den eidgenössischen Bildungsartikel abgestimmt. An verstärkter Koordination im Bildungsraum Schweiz führt kein Weg vorbei.

«Die Harmonisierungsbestrebungen auf nationaler Ebene laufen so oder so ins Leere.» (Chiodi)

Chiodi: Ob zuerst Englisch oder Französisch, respektive Deutsch in der Romanie, unterrichtet wird, bleibt den Kantonen überlassen. So entstehen neue Ungleichheiten mit den bekannten Schwierigkeiten für Familien, die zügeln.

Schmid: Die von der EDK beschlossene Lösung ist nicht das Ei des Kolumbus. In einer Kompromissdemokratie müssen stets alle Seiten ein wenig von ihren Lieblingspositionen abrücken.

Chiodi: Abschliessend sollten wir unsere Anliegen auf eine griffige Formel bringen, damit die Leute «richtig» abstimmen. Was spricht für deine These?

Schmid: Lernverbote führen in eine Sackgasse. – Und für die Ja-Parole?

Chiodi: Überladene Fuder landen im Strassengraben. ■

Lade für Soziokultur

Viel Spielraum (von 9 bis

Unter der Trägerschaft des Vereins «ZJT» realisiert die «jugendanimation zug» (jaz) mit einer Zwischennutzung des ehemaligen Balous seit Juni 2005 einen lang gehegten Wunsch. Ein Begegnungsort mit dem Ziel, ein eigentliches «Kompetenzzentrum für Eigeninitiative» zu sein, hat als Novum in Zug seine Tore geöffnet.

Lisa Palak-Otzoup, soziokulturelle Animatorin FH, Bereichsleitung jaz

Es wurde ein ausgewogenes Nutzungskonzept für die fünf Stockwerke entwickelt. Die offene, unbürokratische Struktur soll Spontaneität zulassen. Der Ort der Begegnung und des Austauschs steckt in der Pionierphase. Der erste Rückblick über die letzten Monate zeigt, dass nicht nur «Insider» den «Lade für Soziokultur» nutzen. Das Ziel, ein breites, gemischtes Publikum zu erreichen, wurde dank vielen innovativen Ideen

mehr als erreicht. Die Umbauphase wurde projektartig aufgezogen: Oberstufenschülerinnen, Projektteilnehmer aus dem Brückenangebot EIB (Einstieg in die Berufswelt) und dem GGZ-Projekt Bauteilladen renovierten die seit zwei Jahren leer stehenden Räumlichkeiten.

Information und ...

Im Hochparterre der Liegenschaft richtete die jaz das Herzstück des Hauses, den Lade, ein. In diesem Raum wurde eine zweigleisige Nutzung aufgezogen. Einerseits richtete sie eine Informations-Drehscheibe ein, andererseits sollten Menschen ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend Angebote auf die Beine stellen können, im Einklang mit den vereinbarten Rahmenbedingungen (rauchfrei, kein Lärm, keine Bar, keine kommerziellen Events ...). Aus dem Brockenhaus der Frauenzentrale Zug konnte eine heimelige, multifunktionale Einrichtung zusammengetragen werden. Eine Infothek mit Dossiers zu Gesellschaftsthemen (Auswertungsbe-



Lade für Soziokultur: Ein eigentliches «Kompetenzzentrum für Eigeninitiative»

richte, Diplomarbeiten, div. Zeitschriften usw.) wurde eingerichtet und durch eine Fachbibliothek zu soziokulturellen Themen ergänzt. Ein öffentlicher Internetzugang steht für alle Besucher zum Recherchieren bereit. Kinderbücher, Comics, Literatur für Erwachsene und Zeitungen laden ein zum Schmökern und an der Tee- und Kaffeebar kann man sich zum Selbstkostenpreis bedienen.

Orientalische Teekultur mit Kochkurs – jeden Donnerstag

Jeweils donnerstags richtet Hicham eine arabische Teestube im «Lade für Soziokultur» ein und bewirbt euch von 18 bis 21 Uhr in gemütlicher Atmosphäre.

Am 30. März 2006 hat er sich etwas Besonderes ausgedacht: Gülay aus der Türkei zeigt allen Interessierten, wie türkisches Gebäck zubereitet wird. ■

Information und Reservation: «Lade für Soziokultur», Kirchenstrasse 7, 6300 Zug, 041 761 54 34 und 079 582 56 82, jaz@zjt.ch

... Austausch ist ...

Ehemalige Personalzimmer in den oberen Stockwerken wurden als Ateliers zu tiefen Preisen untervermietet. Die Nutzer und Nutzerinnen engagieren sich als Gegenleistung im Lade. Das ab Januar 2006 erscheinende Monatsprogramm verschafft einen Überblick über die Angebote am «Ort mit viel Spielraum». So der F-eintopf einer Ateliernieterin: Es hat sich herum gesprochen, dass jeweils am Mittwoch ein günstiges und feines Mittagessen Stammkunden anlockt, die die lockere Ambiance geniessen und die Gelegenheit benützen, neue Leute kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Die Idee, eine orientalische Teestube einzurichten, ist durch unseren Untermieter mit marokkanischer Herkunft bestens abgedeckt. Mit seinen Freunden zaubert er jeweils donnerstags eine orientalische Atmosphäre in den Lade und freut sich über das bunt gemischte Publikum. Eine Mieterin aus dem dritten Stock kommt aus dem Baskenland und realisiert jeweils am ersten Mittwoch im

Monat eine «tertulia de los miércoles» mit Wein und Tortillas. Regelmässige Gäste sind zum Beispiel Teilnehmende eines Spanischkurses der Pro Senectute, die diese unkonventionelle Konversationsmöglichkeit geniessen und seit Beginn treu besuchen.

... Programm

Unter dem Dach hat sich ein junger Grafiker eingemietet, welcher unser Monatsprogramm gestaltet und verantwortlich ist für das Angebot «Flyersupport für Jugendliche» zwei Mal pro Monat. Das Programm wird laufend ergänzt, auch durch Angebote, welche von «Auswärtigen» realisiert werden – zum Beispiel ein Raum für Märchen, Tag der Klöster, Förderunterricht für Migrationskinder. Das jaz-Team blickt mit Freude und Spannung in die Zukunft – es ist vieles in Bewegung. Kommen Sie vorbei und überzeugen Sie sich selbst – wir freuen uns über Ihren Besuch. ■

Öffnungszeiten und Programm siehe www.jaz-zug.ch



Selbstbedienung: F-eintopf - ein Mittagessen am Mittwoch lockt Kunden an

Ein attraktives und zahlbares Zug für – Nein zum Zuger Steuerpaket

Im April und Mai gilt es, Unterschriften zu sammeln gegen die jüngste Steuergesetzrevision. Diese ist unsolidarisch gegenüber anderen Kantonen und Ländern, volkswirtschaftlich unsinnig, nachteilig für die Mehrheit der Zuger Bevölkerung, zum Schaden von Umwelt sowie Lebensqualität und schwächt letztlich Demokratie und Föderalismus.

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative (SGA) und Mitglied der erweiterten Staatswirtschaftskommission, Oberwil
Bild istockphoto.com

Diesmal publiziere ich im BULLETIN mein Eintretensvotum zur Steuerdebatte im Kantonsrat vom 26. Januar 2006. Die zweite Lesung und somit die definitive Abstimmung erfolgt am 30. März. Es ist absehbar, dass die bürgerliche Ratsmehrheit einmal mehr Ja sagt zu Steuerdumping und sich so nicht für das Wohl der Bevölkerungsmehrheit, son-

dern für die Bevorzugung einer reichen Minderheit, diesmal von Holdings und Aktionären, entscheidet.

Nur die Reichsten profitieren ... sagt die UBS Zug

Pikant: Am 22. März veröffentlichte die UBS Zug eine Wirtschaftsstudie, die aufzeigt, dass nur die Reichsten mit einem jährlichen steuerbaren Einkommen von über 200'000 Franken von den tiefen Steuern profitieren. Wer weniger verdient, lebt in Zug aufgrund der hohen Wohnkosten teurer als anderswo in der Schweiz. Der Grund für die hohen Wohnkosten? Die Tiefststeuerpolitik, die privilegierte Personen und Firmen anzieht, welche für Wohnungen und Steuerdomizile jeden Preis zahlen.

Eintretensvotum Gisler

«Die vorliegende Steuergesetz-Revision ist unausgewogen. Auf Steuereinnahmen von bis zu 27 Millionen Franken sollen Kanton und Gemeinden verzich-

ten. Davon profitieren primär Aktionäre und Holdings. Keine zehn Prozent würden den Familien zu gute kommen. Fatal in Zug ist, um die Steuerausfälle wieder reinzuholen, bräuchten wir hier ein noch aggressiveres Wachstum. Das bringt noch mehr Verkehr, noch weniger Grünflächen und vor allem noch höhere Wohn- und Lebenskosten – gerade für Familien.

Gegen Steuersenkungen

Darum wenden sich die Alternativen vehement gegen die Steuersenkungen für bereits heute privilegierte Aktionäre und Holdings. Die erneuten Sekunden sind aus unserer Sicht – gesamtheitlich betrachtet – auch unnötig. Bereits heute hat Zug die tiefsten Steuern. Beträgt die Gesamtsteuerbelastung schweizweit 100 Indexpunkte, so liegt sie in Zug bei 51,7 Punkten. Die «Verfolger» Schwyz mit 64,5, der Tessin mit 70,8 und Nidwalden mit 75,2 Punkten liegen weit zurück. Auch nach allfälligen Steuersenkungen, die zurzeit in 15 Kantonen ge-

Anträge Alternative im Kantonsrat

Erhöhung Fremd- und Eigenbetreuungsabzug von 3000 auf 7000 Franken

Aktionäre und Holdings werden um 25 Millionen entlastet, Familien erhalten Brosamen von 2 bis 3 Millionen Franken. Und selbst dieser Effekt verpufft. Gerade weil diese Steuergesetz-Revision dazu führen wird, dass die Wohn- und Lebenskosten für Familien weiter ansteigen sowie die schon heute einsetzenden Familien-Sparprogramme wie in der Stadt Zug (Schulweg-Abol) zunehmen. *Mit 51:14 abgelehnt.*

Nein zur Kapitalsteuersenkung für Holdings, Antrag auf massvolle Erhöhung

Im Jahr 2000 nahm Zug noch rund 64,5 Millionen Franken über die Kapitalsteuer

ein. Fürs 2006 sind noch 15,8 Millionen budgetiert. Das sind 40 Millionen Franken Einnahmehausfälle, die auch nicht durch den Zuzug von Tausenden von Firmen wettgemacht werden konnten. Die jetzt vorgeschlagene Senkung der Kapitalsteuer für Holdings würde Kanton und Gemeinden weitere 7,4 Millionen Franken kosten. *Mit 58:10 abgelehnt.*

Nein zur Milderung der Doppelbesteuerung von Aktionären

Zug gewährt einen 30-Prozent-Rabatt für Aktionäre. Die, welche schon heute viel bekommen und viel haben, werden erneut belohnt. Die Befürworter können eine echte Doppelbelastung rechnerisch nicht belegen. Und weil Zug die schweiz- und weltweit tiefsten Steuersätze für natürliche und juristische Per-

sonen hat, ist die Gesamtsteuerlast für Aktionäre in Zug auch ohne «Milderungs-Rabatt» sehr tief. Von einem linearen Rabatt profitieren die Reichsten frankenmässig am meisten. Die kleinen KMUs bzw. KMU-Inhaber würden nicht spürbar profitieren. *Mit 57:13 abgelehnt.*

Steuerabzug für Freiwilligenarbeit

Zahlreiche Menschen können aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht Geld spenden, tragen aber mit gemeinnützigen Arbeitsleistungen zu einer solidarischen Gesellschaft bei. Freiwillige entlasten zudem den Staat massiv, indem sie Aufgaben übernehmen, die sonst von der öffentlichen Hand mit teils hohen Kosten geleistet werden müssten. *Mit 49:14 abgelehnt.* ■

alle

plant sind, würde Zug Spitzenreiter bleiben. Und international hat die Schweiz laut *economiesuisse* eine der tiefsten Fiskalquoten. Und Zug hat dann die Tiefste der Tiefsten.

Investitionen kosten

Zudem sind die Alternativen überzeugt, dass mit Tiefststeuern alleine keine kluge Wirtschafts- und Standortpolitik gemacht wird. Anderes zählt mehr: Lebensqualität, Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit. In solche Faktoren zu investieren ist wirtschaftsfördernd, auch wenn es höhere Steuern dafür braucht. Im WEF-Ranking der Wirtschaftsattraktivität liegen übrigens Staaten mit hohen Steuern, hohen Staatsquoten sowie gut ausgebauten Sozialsystemen an der Spitze – vor der Schweiz. Sie sehen also, es gibt die von meinem Vorredner, Herr Kantonsrat Peter Dür, geforderten Alternativ-Modelle in anderen Ländern, und sie funktionieren.

Zug ist Steuertäter, nicht Steueropfer

Fühlen Sie sich hier im Saal nicht nur als Zugerin oder Zuger, sondern als Teil der Gemeinschaft Schweiz? Ja? Dann lehnen Sie diese gegenüber anderen Kantonen unsolidarische Steuergesetz-Revision ab. Ja lehnen sie generell die Zuger Tiefststeuerpolitik ab. Zwar betonte der Finanzdirektor verschiedentlich, Zug wollte diesmal gar nicht Steuern senken, sei aber aufgrund der Steuergesetz-Revisionen anderer Kantone dazu gezwungen. Zug als Steuerdumping-Opfer? Das ist zynisch! Zug ist Steuerdumping-Täter. Zug ist die treibende Kraft im nationalen Steuerdumping-Wettbewerb.

Gefahr für Demokratie

Die Bündner Finanzdirektorin Eveline Widmer-Schlumpf, SVP, warnt – Zitat: «Jeder Wettbewerb hat Grenzen. Es darf



Noch mehr Steuergeschenke für privilegierte Aktionäre und Holdings? Bezahlen müssen vor allem Familien aufgrund höhere Wohn- und Lebenskosten.

nicht sein, dass sich Kantone gegenseitig karnalisieren. ... Wenn die Differenz zwischen den Steuersätzen zu gross wird, befürchte ich eine Auflösung des Zusammenhalts zwischen den Kantonen und in der Bevölkerung. Das ist eine Gefahr für Föderalismus und Demokratie». Zitat Ende.

Spätestens mit Obwalden ist der Steuerwettbewerb bereits zum karnalisierenden Kampf der Kantone pervertiert. In Obwalden gilt: je reicher desto tiefer im Verhältnis steuern. Aus Sicht der Alternativen ritzt aber auch Zug spätestens mit dieser Steuergesetz-Revision am Prinzip der Schweizer Bundesverfassung, dass jede Person, jede Firma entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird. Dabei ist das Argument «wenns wir nicht machen, tuns andere» nicht stichhaltig. Was nützt es der Schweiz, wenn eine Firma vorher in Luzern zehn Millionen Steuern bezahlte und dann neu in Zug nur noch vier Millionen? Zug hat zwar vier mehr, aber die Schweiz hat 6 Millionen verloren. Und wenn alle Kantone an diesem ruinösen «Race to the Bottom» mitmachen, fehlen ihnen und dem Bund bald die Einnahmen, um in zentralen Bereichen handlungsfähig zu bleiben.

ZFA wird zum Sparpaket

Die Steuerausfälle dieser Revision würden auch in einigen Zuger Gemeinden

zu empfindlichen Leistungskürzungen führen – die ZFA droht zum Sparpaket zu verkommen. Sprechen wir noch über die Stadt Zug, ein aktuelleres und anschaulicheres Beispiel für die negativen Folgen von Steuerdumping gibt es nicht. Das Stadtparlament gewährte einen Steuerrabatt von 5 Prozent. Jetzt wird auf Kosten von Familien gespart! Schulweg-Abos: gestrichen! Musikschule, Schulsport, Krippenplätze: teurer!

Die Alternativen sind auch deshalb gegen diese erneuten Steuersenkungen für privilegierte Firmen und Personen, weil Tiefststeuerpolitik zu globaler Steuerflucht einlädt – 255 Milliarden entgehen den Ländern jährlich. Allein Entwicklungsländer verlieren durch Steuerflucht 50 Milliarden Dollar, 5 davon sind in der Schweiz parkiert. Das ist Geld, das für Überlebenswichtiges wie Trinkwasser, Ernährung, Gesundheit oder Bildung fehlt.

Kommen unsere Anträge in der Detailberatung nicht durch, bliebe die Vorlage unausgewogen – lokal ungerecht sowie national und global unsolidarisch. Ein Referendum ist dann notwendig. Damit dann die Bevölkerung auch differenziert abstimmen könnte und die Einheit der Materie gewahrt wäre, würde die Alternative Fraktion am Schluss der zweiten Lesung einen Antrag auf Aufteilung der Revision in Separatvorlagen machen. Eine Aufteilung, die nur die bekämpfen, die Angst vor der Bevölkerung haben.» ■

Viel Betrieb in der Sicherheitsdirektion

Im letzten Sommer ist die neue Polizeigesetzgebung in die Vernehmlassung gegangen. Bis Ende November 2005 gingen zur umfangreichen Vorlage zahlreiche Stellungnahmen ein. Die Gemeinden befürchteten eine Lastenverschiebung zu ihren Ungunsten. In zwei ausführlichen Gesprächen zwischen mir zusammen mit dem Kommando und den zuständigen Gemeindevertretenden konnten die Differenzen bereinigt werden.

**Hanspeter Uster, Regierungsrat Alternative (SGA), Baar
Bilder istockphoto.com**

Nach regen Gesprächen mit den Gemeindeverantwortlichen verabschiedeten wir Ende Januar 2006 zu Händen des Kantonsrates gemeinsam ein Papier, welche die Schnittstellen zwischen gemeindlicher und kantonaler Zuständigkeit einvernehmlich definiert. Damit konnten die Bedenken der Gemeinden berücksichtigt werden. Die Gemeinden können, sofern sie dies wünschen, für ihren Zuständigkeitsbereich so genannte «Sicherheitsassistenten» einsetzen. Diese dürfen – im Gegensatz zu privaten Sicherheitsdiensten – hoheitlich handeln, also eine Person an- oder festhalten und auch kontrollieren. Dies konnten die bereits jetzt von den Gemeinden eingesetzten privaten Sicherheitsdienste nicht. Zudem werden die Gemeinden die bewirtschafteten und die nicht-bewirtschafteten Parkplätze der Gemeinde kontrollieren und Verletzungen von Verkehrsregeln im ruhenden Verkehr in eigener Kompetenz büssen können. Die Bussenerträge fallen in die Gemeindekassen.

Und auch dem Anliegen der Gemeinden, dass der Kanton unabhängig vom zweiten Paket der Zuger Finanz- und

Aufgabenreform (ZFA) die Kosten der Polizei in seinem Kompetenzbereich vollumfänglich tragen wird, konnte Rechnung getragen werden. Nicht zu vergessen ist, dass die Gemeinden dadurch, dass der Kanton künftig für die polizeiliche Sicherheit allein zuständig sein wird, mit jährlich mehr als 2 Millionen Franken entlastet werden.

Eingriffe in verfassungsmässige Grundrechte heikel

Weil sich die Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben oft gezwungen sieht, in grundrechtsgeschützte Freiheits- und Eigentumsrechte einzugreifen, bedürfen solche Eingriffe einer ausreichenden Rechtsgrundlage und müssen in jedem Fall verhältnismässig sein. Deshalb regelt das Polizeigesetz die materiellen Aspekte ausführlich; eine blosser Generalklausel oder eine Rahmengesetzgebung, wie sie einzelne Vernehmlassungen forderten, würde die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu wenig schützen.

Auch für die Polizei selber ist es wichtig, dass sie weiss, unter welchen Voraussetzungen sie wann was tun darf. Deshalb listet das Polizeigesetz im einzelnen die polizeilichen Massnahmen und Zwangsmittel auf. Es handelt sich dabei um Personennachforschung, Personenkontrolle, polizeilichen Gewahrsam, Wegweisung und Fernhaltung, Durchsuchung, Erhebung erkennungsdienstlicher Unterlagen, die Sicherstellung, aber auch den Schusswaffengebrauch. Im Bereich der häuslichen Gewalt schafft das Polizeigesetz die rechtlichen Möglichkeiten, um eine Person vom Ort des Konflikts wegzuführen und eine Fernhaltung sowie ein Kontaktverbot zu verfügen. Ausdrücklich regelt die Polizeigesetzgebung auch den Datenschutz und führt im Strafprozess das so genannte Meldesystem ein, welches die selbstständige polizeiliche Ermittlung und die eigentliche Strafuntersuchung klar voneinander abgrenzt. Das hat auch Auswirkungen auf das Recht der Anwälte, bereits bei polizeilichen Einvernah-



Was darf die Polizei, was nicht? Polizeiliche Massnahmen und Zwangsmittel werden im neuen Polizeigesetz detailliert aufgelistet.



Feinstaub: «Tempo 80» zuerst auf Zuger, dann auf Schweizer Autobahnen.

men teilnehmen zu dürfen, sofern es um eine vom Untersuchungsrichteramt delegierte Befragung im eigentlichen Untersuchungsverfahren geht.

Zusätzlicher Aufwand kostenpflichtig

Im Polizei-Organisationsgesetz werden die wichtigsten Eckwerte der Polizeiorganisation und des Dienstrechts umschrieben. Die Kosten für polizeiliche Leistungen, die über den normalen Dienst hinausgehen, können in Rechnung gestellt werden, wenn ein Anlass über Werbeeinnahmen oder Sponsoring finanziert wird oder bei dem ein Teilnahmegehd oder ein Eintritt verlangt wird oder üblicherweise verlangt werden kann.

Die kantonsrätliche Kommission wird Ende März bestellt, und dann geht es an die Kommissionsarbeit.

Feinstaub-Dynamik

Der Entscheid anfangs Februar 2006, wegen der tagelang andauernden hohen Feinstaubwerte «Tempo 80» auf der Autobahn zu verfügen, löste überregional eine Dynamik aus, welche die Diskussion über die notwendigen Massnahmen

gegen die massiv zu hohen Feinstaub-Grenzwerte weiterbrachte. Kreise nämlich, die vorher die Partikelfilterpflicht für Dieselfahrzeuge nicht akzeptieren wollten, stellten den tieferen Geschwindigkeitslimiten auf der Autobahn genau diese Partikelfilterpflicht entgegen und propagierten sie als nachhaltige Massnahme. Sie hätten nämlich ohne die Geschwindigkeitsbegrenzung weiterhin auch die Partikelfilterpflicht bekämpft. Ein schönes Beispiel, dass Politik kein statischer, sondern ein dynamischer Prozess sein kann.

Blochers Auftrag

Schon im November 2005 fragte mich das EJPD an, ob ich bereit wäre, eine Expertengruppe zu präsidieren, welche die Umsetzung der Effizienzvorlage unter die Lupe nimmt. Seit 2002 ist der Bund zuständig für Fälle organisierter Kriminalität, Geldwäscherei und Korruption, sofern ein internationaler Zusammenhang besteht und/oder mehrere Kantone betroffen sind. Der Bund kann unter diesen Voraussetzungen auch Wirtschaftskriminalitätsfälle bearbeiten, was er bedauerlicherweise nur selten tut. Ge-

stützt auf die Effizienzvorlage wurden die Bundesanwaltschaft und die Bundeskriminalpolizei massiv aus- und in Bellinzona das Bundesstrafgericht aufgebaut. Einen weiteren Ausbau auf die ursprünglich vorgesehenen rund 800 Mitarbeitenden verhinderte das Sparprogramm 2003, das dem Projekt einen Marschhalt bis Ende 2006 verordnete. Bundesrat Blocher will bis im Spätsommer 2006 von meiner Expertengruppe eine Situationsanalyse und Vorschläge zu Organisation und Struktur der Bundesstrafjustiz, den Verfahrensabläufen und den benötigten personellen und finanziellen Ressourcen. Nachdem mir zugesichert wurde, dass der Expertenbericht integral veröffentlicht wird – diese Transparenz gehört ja schon fast zur Tradition des EJPD – sagte ich im Februar zu, die Leitung zu übernehmen. Die Aufgabe verbindet politische und juristische Fragen mit solchen der Organisationsentwicklung.

Zusatzaufgabe in der Baudirektion

Kurz nach der ersten Sitzung der Expertengruppe kam eine weitere Aufgabe auf mich zu: nach dem Burn-out von Hans-Beat Uttinger übernahmen Walter Suter und ich je einen Teil der Baudirektion. Im Hochbauamt aktuell sind das Zentralspital und die Strafanstalt, im Amt für Umweltschutz die Feinstaub-Fragen (unter anderem durch das Postulat der Alternativen Fraktion) und die Mobilfunkproblematik. Das letzte Amtsjahr bringt – neben den planbaren Abschlussarbeiten und der umfangreichen Polizeigesetzgebung – also zusätzliche Verantwortung. Mit Prioritätensetzung, Einteilung der Kräfte und tollen Mitarbeitenden ist es aber zu machen, auch im Wissen darum, dass ich ab nächstem Jahr etwas völlig anders machen werde. Und gerade, weil ich noch nicht genau weiss, was es denn sein wird, ist dies ein befreiendes Gefühl. ■

Eine Internationale der Fussballphilo

Alternativer Fussball? Anmerkungen aus englischen und schweizerischen

Strafräumen.

**Stefan Howald, Fussballfan und Mitarbeiter bei der Aktion «Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt»
Bild PF**

Meiner Kollegin Sarah von «Global Witness», mit der ich für die Aktion «Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt» bei einer Kampagne bezüglich angolischer Korruptionsgelder auf Schweizer Banken zusammenarbeite, hatte ich angekündigt, nicht nur für ein Arbeitstreffen mit ihr nach London zu kommen, sondern auch, um für mein ehemaliges Team «Philosophy Football» zu spielen. Worauf sie meinte, sie besitze ebenfalls ein T-Shirt von «Philosophy Football», da sie früher in einem gemischten Team in Hampstead Heath mitgekickt hatte, und zwar mit Oscar Wildes schönem Satz drauf: «Football is a game for rough girls, not suitable for delicate boys.» Als ich Sarah dann traf, konnte ich ihr nach der Arbeit vom grandiosen Unentschieden berichten, das wir altgedienten Veteranen gegen die jungen Philosophen erzielt hatten. Und ich versuchte sie zu überzeugen, dass «Global Witness» ein Team aufstellt, um nächsten Frühling an einem internationalen Turnier in Italien teilzunehmen – unter dem Motto «Slow Football», mit italienischer, englischer, holländischer und schweizerischer Beteiligung.

«Philosophy Football» verbindet Politik, Sport und Kultur

«Philosophy Football» wurde 1994 in London gegründet, nach den schlimmen 80er-Jahren, als der englische Fussball von Schlagzeilen über Hooligans dominiert wurde. Doch um 1990 veränderte sich das Klima allmählich. Die so genannten «fanzines», witzige Zeitschriften unabhängiger Fangruppen, blühten auf, und die neue Musik- und Tanzszene zeigte sich am Fussball stark interessiert. 1992 erschien ein Buch «Fever Pitch» von Nick Hornby, einem un-

bekannten Autor, der seine Obsession von Arsenal London beschrieb und ansatzweise zu analysieren versuchte. In diesem Klima entdeckten Mark, Geoff und Hugh an einem feuchtföhlichen

Abend im Oktober 1994, dass Fussball erstaunlich viel mit Philosophie zu tun habe. Sie also beschlossen, philosophische Aussprüche auf Fussballtrikots

drucken zu lassen. «Philosophy Football» begann also mit einem Satz von Albert Camus: «Alles, was ich über Moral und Verpflichtungen am gewissensten weiss, verdanke ich dem Fussball.» Zwar blieb der Inhalt dieser Moral unbestimmt, aber klar war der Anspruch: Fussball hat gesellschaftliche Bedeutung. Bald folgten weitere Trikots, mit Sprüchen von Kulturtätern über Fussball oder mit philosophischen Sprüchen von Fussballern, oder von Karl Marx bis Jean Baudrillard, von Simone de Beauvoir bis Bob Marley, von diversen engli-

schen Fussballgrössen bis hin zu Johann Cruyff.

Organisation zweier Kulturereignisse

«Philosophy Football» organisierte auch zwei grössere Kulturereignisse. 1996, zur EM in England, wurde beim Festival «Europe United» im Kulturzentrum von South Bank, wo ansonsten nur klassische Musikvorstellungen und Ausstellungen gastieren, eine Veranstaltung mit Musik, Literatur, Film und Mode über Fussball geboten. Dazu debattierte ein europäisches Fan-Parlament, und auf einem Marmorboden wurde sogar Fussball gespielt. 1998, zur WM in Frankreich, fand «A Celebration of the People's Game» statt, wobei einer der Höhepunkte der Auftritt von George Weah war, damals Weltfussballer des Jahres und kürzlich gescheiterter Bewerber um die Präsidentschaft in Liberia, der sich für ein Förderprogramm der Unesco in der dritten Welt einsetzte.

«Philosophy Football» auf Europa-Tour

Die Idee kam an, und einige der T-Shirts erreichten hohe künstlerische Qualitäten. Die Praxis zur Theorie fiel dagegen bescheiden aus. Das 1995 gestartete Fussballteam, dem ich von Beginn an angehörte, wollte nicht recht brillieren. Jahrelang dümpelten wir in Ostlondon in einer obskuren Liga vor uns hin. Dann erinnerten wir uns an den Internationalismus als Grundsatz und nahmen Kontakt mit dem Fortschrittlichen Schweizerischen Fussballverband (FSFV) auf, besser bekannt als Alternative Liga Zürich. 1979 hatte ich dort einst beim Dynamo MSV gespielt, und noch immer führte der FSFV in Zürich eine Meisterschaft durch. Im Jahre 2000 spielten wir in einem internationalen Vorspiel zum Meisterschaftsfinal gegen den FC Levante Wibi. «Philosophy Football» verlor zwar jämmerlich, doch revanchierten



EINWURF von LINKS

Das BULLETIN nimmt die WM 2006 in Deutschland sowie die EM 2008 in der Schweiz und Österreich zum Anlass, von links her Beiträge zum kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld des Fussballs einzuwerfen.

sophen

wir uns im folgenden Jahr, als der FC Levante nach London reiste. Seither hat «Philosophy Football» ein halbes Dutzend internationale Tourneen absolviert: in Frankreich, in Tschechien, in Den Haag, vor allem aber in Italien, wo mittlerweile starke persönliche Beziehungen bestehen.

Rückkehr in die Schweiz

Nach meiner Rückkehr in die Schweiz schloss ich mich dem einstigen Gegner FC Levante Wibi in der Alternativen Liga an. Den Kontakt zu «Philosophy Football» allerdings halte ich immer noch aufrecht. Zuweilen lässt sich das sogar verbinden. Etwa im Herbst 2003. Da trafen sich «Philosophy Football» und FC Levante Wibi im norditalienischen Pordenone, zusammen mit anderen italienischen Teams, zum Festival «Pasolini und Fussball». In Italien ist «Philosophy Football» mittlerweile ziemlich bekannt. Bei der letzten Tournee im Oktober 2005 spielte das Team in Rom gegen italienische Filmregisseure sowie ehemalige Pasolini-Schauspieler und wurde sogar vom Römer Bürgermeister und Gianni Rivera empfangen.

Kampf gegen die Kommerzialisierung

Bis heute sind über 200 verschiedene T-Shirts produziert worden. In den letzten Jahren wurden die Sujets jedoch politischer, zum Beispiel gegen Rassismus, gegen die Besetzung Palästinas oder die Kommerzialisierung der Fussballkultur. Gegen die Kommerzialisierung im Fussball muss heute tatsächlich hart gekämpft werden. Gründe sind Beispiele wie Chelsea in England: einst ein mässig erfolgreicher, lokal unterstützter Club, heute eine europäische Grossmacht dank den ergaunerten Millionen von Roman Abramowitsch und den provokativen Mätzchen von Trainer José Mourinho.



Drin oder nicht drin? Das ist die Frage. «Philosophy Football» gibt Antworten auf die grundlegenden Fragen des Fussball-Seins.

Fussball in der Schweiz

Übrigens gibt es auch in der Schweiz Versuche, Fussball zu «adeln». In Zürich sind da etwa die Szene um die Flachpass-Bar, die Choreografien in der Südkurve des FCZ oder das soeben veröffentlichte Comic-Buch «Fussballhelden». Und dennoch, scheint mir, sind die Verbindungen zwischen Fussball, Kultur und Politik in England stärker verankert. Die unverbrüchliche Solidarität zum Club der Jugend reicht tiefer, durchtränkt die ganze spätere Alltagskultur.

«Club Legends» vs. «Current Stars»

Das zeigte sich auch bei meinem Einsatz diesen Februar in London, als ich mit den «Club Legends» von «Philosophy Football» gegen die «Current Stars» antreten durfte. Es war ein windiger Tag, mit leichten Schneeflocken, also ideales

englisches Fussballwetter. Wir, die Legends, überraschten die Jungstars zu Beginn mit unserem gepflegten Kombinationsspiel. In der 10. Minute schickte ich meinen ehemaligen Sturmpartner, einen früheren neuseeländischen Junioren-Internationalen, der in einer Saison in 13 Spielen 40 Tore erzielt hatte, in die Tiefe, und er traf ins Tor. Zwar glichen die Gegner in der zweiten Halbzeit aus, doch konnten wir das Unentschieden halten und waren am Ende dem Sieg gar etwas näher. Danach die Festivität im Pub, mit «roast lunch», spontanen «toasts», witzigen Reden und Reminiszenzen. Kann man mehr wollen? ■

In der nächsten BULLETIN-Nummer gehts weiter mit spannenden Themen rund um das runde Leder.

www.philosophyfootball.com
www.philosophyfootballfc.org.uk
www.fsfv.ch

3 für 2

Die Nominationsversammlung für die Regierungsratswahlen der Alternativen Zug findet am Freitagabend, 19. Mai, im Restaurant Brandenburg in Zug statt. Auf der gemeinsamen Liste von Alternativen und SP hat es Platz für zwei Alternative. Zwei Frauen und ein Mann bewerben sich um einen Platz auf der Liste. Das BULLETIN hat sie auf Herz und Nieren geprüft.

**Interview BULLETIN, März 2006
Bilder BULLETIN**

BULLETIN: Welches sind eure wichtigsten politischen Ziele?

Manuela Weichelt-Picard: Eine Umwelt gestalten, in der wir uns zu Fuss oder mit dem Fahrrad ohne unnötige Gefahren bewegen und in der wir gesund leben können. Eine Steuerpolitik, die der Mehrheit der Wohnbevölkerung dient und die Boden-, Miet- und Pachtpreise zahlbar macht.

Patrick Cotti: Konkrete Ziele kann ich erst benennen, wenn ich mich in die Tätigkeit im Regierungskollegium, in die Direktionsaufgaben und in das Zusammenspiel mit der Fraktion eingearbeitet habe. Jedoch kann ich sagen, was mir am Herzen liegt: Ich setze mich ein für diejenigen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen. Wichtig ist mir umfassende Solidarität, unsere Gesundheit und Schutz der Umwelt.

Erwina Winiger: In den nächsten Jahren wird der ZFA und der NFA die Regierungstätigkeit stark dominieren. Ich will in dieser Diskussion beim Lastenausgleich mich dafür einsetzen, dass die Schwächeren nicht noch mehr unter die Räder kommen. Es gibt Energiestädte, lassen wir den Kanton Zug zum Energiekanton werden, den Wirtschaft und Ökologie ist kein Widerspruch. Zudem versinkt der Kanton Zug immer noch im

Verkehr, darum Verkehrsprobleme durch Anreize im öV und beim Langsamverkehr lösen.

BULLETIN: Blocher führt jetzt, vielleicht, mehr Transparenz ein im Bundesrat. Tut ihr das gleiche im Regierungsrat?

Weichelt-Picard: Mit Transparenz hatten seine Bemühungen wenig zu tun. Ausgewählte Geschäfte verfrüht an die Öffentlichkeit zu bringen, nur um den Druck auf Kolleginnen und Kollegen zu verstärken, ist kontraproduktiv.

Cotti: Herr Blochers politische Wirkungsweise finde ich beachtlich. Ich glaube jedoch nicht, dass er Transparenz sucht, sondern möglichst Widersprüche eliminieren will. Transparenz beinhaltet für mich das Aushalten von Widersprüchen. Wir sind leider oft geblendet von pointierten Aussagen, die über komplexe Zusammenhänge «blochen» und sie deshalb falsch darstellen.

Winiger: Der Regierungsrat hat den Auftrag, offen und klar im Rahmen der Kollegialbehörde zu kommunizieren. In diesem Sinne werde ich mich für Transparenz einsetzen.

BULLETIN: Was werdet ihr als Regierungsräte sicher nie tun?

Weichelt-Picard: Meine Lebenserfahrung hat mich gelehrt, niemals «nie» zu sagen.

Cotti: Mich mit meiner Familie in der Schweizer Illustrierten abbilden lassen.

Winiger: Ich bin geneigt, James Bond zu zitieren: «Never say never again».

BULLETIN: Wie geht ihr im Leben, privat, mit Macht um?

Weichelt-Picard: Ich stehe der Macht und der damit zusammenhängenden Kontrolle grundsätzlich positiv gegenüber und versuche die Macht in der Familie, im Beruf und in der Politik zu nutzen, um Missbrauch – dort wo es in meiner Macht steht – zu verhindern.

Cotti: Als Gefängnisdirektor habe ich ei-

FR, 19. Mai: Regierungsrats-Nomination Alternative Kanton Zug

Nachtesen 18.30, Nomination 20.00, Restaurant Brandenburg (Saal 1, Stock), Zug

ne Position, der mit dem Einschluss von Personen fast totalitäre Macht zukommt. In dieser Extremsituation ist es wichtig, den Respekt vor den Individuen niemals zu verlieren. Respekt ermöglicht es überhaupt, dass Personal und Gefangene zusammenleben können. Überdies sehe ich es als meine Aufgabe, das gemeinsame Nachdenken über diese Situation und die Selbstreflexion zu ermöglichen. Wir müssen über die Mauern hinaus denken, um Sinn und Unsinn zu verstehen. Die Macht ist aber nicht an mich als Person, sondern an meine Funktion gebunden. Diese kann ich immer verlieren, durch Kündigung, Krankheit etc.

Winiger: Früher habe ich Macht als etwas Widernatürliches betrachtet. Zwischenzeitlich pflege ich einen bewussten Umgang mit Machtstellungen – nutze sie, ohne sie jedoch auszunutzen. Eine gute Machtposition hilft, Anliegen besser zu positionieren und durchzusetzen.

BULLETIN: Wie würdet ihr in der Regierung mit Macht umgehen?

Weichelt-Picard: Verantwortungsvoll im Rahmen meines Handlungsspielraumes, der durch die Gesetzgebung klar beschränkt ist. Es ist mir ein Anliegen, dass auch Schwächere ihre Rechte ausüben können und geschützt sind. Im Zweifelsfall werde ich mich für die Minderheiten einsetzen.

Cotti: Wie in meiner heutigen Position.

Winiger: Macht kann helfen, Anliegen durchzubringen. Sind es Anliegen im sozialen und ökologischen Bereich, umso besser. Wer etwas gestalten will, braucht hierzu die Befugnisse.

BULLETIN: Wie steht ihr zu einem generellen Rauchverbot in allen Zuger Gastronomiebetrieben, wie es zum Beispiel der Kanton Tessin eingeführt hat?

Weichelt-Picard: Gesundheit ist das wichtigste Gut. Zusammen mit unserer ehemaligen Rischer Kantonsrätin, Lilian



Wollen für die Alternativen in den Regierungsrat: Patrick Cotti (links), Erwina Winiger, Manuela Weichelt-Picard.

Hurschler, war ich im letzten Jahr im Abstimmungskomitee «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen». Ich unterstütze das Rauchverbot. Je nach räumlichen Gegebenheiten können abgeschlossene Bereiche für Rauchende geschaffen werden. Ich bin zuversichtlich, dass die Vernunft bei den EntscheidungsträgerInnen obliegt und wir dank der im März eingereichten Motion der Alternativen im Kantonsrat in absehbarer Zeit ein entsprechendes Gesetz haben.

Cotti: Ich gehe davon aus, dass ein Rauchverbot kommt und genieße Rauchfreiheit beim Essen, im Zug. Einzig ärgert mich der amerikanische Puritanismus, der uns auch in dieser Sache

erreicht: Raucherinnen und Raucher sind nicht böse Menschen.

Winiger: Rauchen sowie Passivrauchen ist gesundheitsschädigend. Ich begrüsse es, wenn auch in den Zuger Gastronomiebetrieben ein Rauchverbot herrschen würde. Ausnahmen sollen bewilligt werden in zum Rauchen abgetrennten Räumlichkeiten oder extra eingerichteten Raucherlounges, wie sie zum Beispiel im Zuger Bahnhof oder am Kolinplatz bestehen.

BULLETIN: Hanspeter Uster stemmt sich vehement gegen ein Ausbreiten des Sexgewerbes im Kanton Zug. Wie steht ihr zu diesem Thema?

Weichelt-Picard: Im Zentrum steht für

mich die Bekämpfung von Frauenhandel, Ausbeutung und Gewalt gegen Migrantinnen. Die immer restriktivere Migrationspolitik schränkt ausländische Frauen in ihren Lebensperspektiven stark ein. Die wenigen verbleibenden Aufenthaltsmöglichkeiten als Cabaret-Tänzerinnen, Ehefrauen oder Touristinnen bewirken eine grosse Abhängigkeit von Ehemännern, Vermittlern, Frauenhändlern und Cabaret-Besitzern und fördern Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse. Politisch geht es mir um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrantinnen.

Cotti: Persönlich habe ich nichts gegen käuflichen Sex, auch wenn ich nicht ver-

Nomination Regierungsratwahlen (19. Mai)



Patrick Cotti.

stehe, wie Mann oder Frau käuflichen Sex konsumieren kann. In der politischen Verantwortung würde ich mich gleich wie Hanspeter verhalten. Der Hauptteil prostituiertes Männer und Frauen lebt in Abhängigkeitsverhältnissen, die ihnen schaden. Ausserdem fördert das Sexgewerbe Illegalität und Kriminalität.

Winiger: Im Kanton Zug werden genügend unsaubere Geschäfte gemacht, ohne dass das Sexgewerbe Einzug halten muss. Es ist mir klar, dass die Kantons-grenzen eng gezogen sind und die Fahrt in die Nachbarkantone kurz. Darum lohnt sich da ein nationaler Einsatz für humane und ethische Arbeitsbedingungen.

BULLETIN: Was wollt ihr konkret gegen die Arbeitslosigkeit tun – was gegen die Ausnutzung der Arbeitskräfte und die Ungerechtigkeit von Abgangsgeldern und Millionengewinnen/-löhnen?

Weichelt-Picard: Investitionen in Bil-

dung, Förderung von Teilzeitstellen auch im Kader, Unterstützung der Gewerkschaften – da denke ich an Gesamtarbeitsverträge und Förderung der Mitgliedschaften –, Bau- und andere Aufträge an entsprechende Kriterien knüpfen. Zudem braucht es die Förderung einer Vielfalt an Arbeitsplätzen, damit der Kanton Zug durch die zunehmende Dienstleistungsmonokultur nicht noch krisenanfälliger wird.

Cotti: Projekte, wie dasjenige der ZKB, welches mittels Zusammenarbeit von Firmen Ausbildungsplätze schafft, zeigen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen von der Wirtschaft als werbewirksam erkannt wird. Der Staat soll die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unterstützen. Millionenlöhne sind unsolidarisch, das muss gesagt sein.

Winiger: Jugendarbeitslosigkeit reduzieren mit Case Management für Jugendliche mit erhöhtem Arbeitslosenrisiko, Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und -abgängern um mindestens ein Jahr. Es gilt, Lehrstellenmarketing und Verbundlösungen zu fördern, alternative Arbeits- und Zeitmodelle zu stärken. Bei Firmen muss genau hingeschaut und entsprechend gehandelt werden.

BULLETIN: Findet ihr auch, dass Frauen und Männer nun endlich gleichberechtigt werden – nicht immer nur bei den Pflichten, sondern auch bei den Rechten, wie zum Beispiel gleicher Lohn, Chancengleichheit in Beruf, klares Teilen der Gratis-Hausarbeit/-Freiwilligenarbeit? Wenn ja, was kann man konkret tun?

Weichelt-Picard: Ich würde Teilzeitstellen auch im Kader aktiv anbieten, Vaterurlaube und bedarfsgerechte erwerbskompatible Betreuungsangebote für Kinder unterstützen, Männer aktiv motivieren, ihren Anteil an Familienarbeit zu leisten und Frauen durch gezielte Weiterbildung im Beruf fördern.

Cotti: Primär müssen wir Männer uns

emanzipieren und erkennen, dass alle Arbeit wichtig ist, auch diejenige, welche im Schatten der Öffentlichkeit erledigt wird. Ausserdem finde ich das Trara um Freiwilligenarbeit kontraproduktiv: Viele dieser Arbeiten sollten nämlich dringend entschädigt werden, unter dem Label «Freiwilligkeit» werden vor allem viele Frauen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht mehr schaffen, missbraucht.

Winiger: Auch Frauen brauchen Vorbilder, darum an möglichst vielen Stellen gut qualifizierte Frauen einsetzen, Frauen stützen, politische Ämter zu übernehmen, Strukturen schaffen, dass Frauen und Männer dem Familien- und Berufsleben nachgehen können, ohne dass die Frau das Nachsehen hat, u.a. mehr Krippenplätze schaffen. Ich setze mich persönlich ein für die Förderung von Frauen und gebe ihnen meine Erfahrungen offen weiter.

BULLETIN: Eure jeweiligen Stärken und Schwächen sind ...



Manuela Weichelt-Picard.

Weichelt-Picard: Stärken sind eng mit Schwächen verbunden. Ich kann hartnäckig politisieren und habe keine Angst davor, in der Minderheit zu sein. Ich vertrete meine Meinung auch dann, wenn sie nicht auf Gegenliebe stösst. Manchmal würde mir etwas mehr Gelassenheit gut tun.

Cotti: Selbstkritik.

Winiger: Zu meinen Stärken zählen meine Kommunikations- und Teamfähigkeit. Ich habe ein gutes Sensorium im Umgang mit Menschen, bin belastbar, bringe in eine Gruppe eine lust- und humorvolle Ernsthaftigkeit hinein, bringe vielfältige Erfahrungen aus verschiedenen Berufsbereichen mit. Ich habe eine Schwäche für feines Essen ...

BULLETIN: Die Wunschkandidaturen?

Weichelt-Picard: Gibt es nicht. Jede Direktion besteht aus Menschen und hat die Aufgabe, für die Bevölkerung und die Umwelt das Beste zu tun. Ich kann mir überall vorstellen, die alternative Sichtweise einzubringen.

Cotti: Bildung und Kultur.

Winiger: Der Regierungsrat diskutiert aus, wem welche Direktion zugeteilt wird und ich bin überzeugt, dass dabei auf Eignung und Neigung der Einzelnen eingegangen wird. Zudem sind Direktionen bereits von einigen fähigen Wiederwählenden besetzt.

BULLETIN: Ein Regierungsmitglied bedarf besonderer rhetorischer Qualitäten. Wo habt ihr euch diese angeeignet?

Weichelt-Picard: Übung macht die Meisterin. Ich konnte als Kantonsrätin, im Berufsleben, zum Beispiel bei Schulungen von Gemeinden, bei Fachreferaten, beim Unterrichten, an Podiumsdiskussionen etc. viel üben.

Cotti: Ich habe mir über Studium und Arbeit ein grundsätzliches musikalisches Verständnis für Situationen entwickelt, das mir Raum zum Denken lässt. Ich habe viel Verhandlungs- und Führungser-

fahrung mit den verschiedensten Personengruppen (Flüchtlings-, Drogen-, Arbeitslosenbereich, Psychiatrie, Theater, Journalismus, Ämter etc.). Und: ich habe drei Kinder im Alter zwischen 12 und 18 Jahren.

Winiger: In meinem täglichen Arbeitsumfeld als Erwachsenenbildnerin, Schulleiterin und Kantonsratspräsidentin. Ich will verstehen und spreche selber so, dass ich auch verstanden werde.



Erwina Winiger.

BULLETIN: Wer regiert, muss Personal führen. Wie bereitet ihr euch auf diese Aufgabe vor?

Weichelt-Picard: Ich bin seit 11 Jahren in der Führung tätig. Ich habe das interdisziplinäre Team der Zuger Heroinverschreibung geführt, die alternative Fraktion, ein Team im Gesundheitsamt des Kantons Graubünden und aktuell aufgrund von Kaderausfällen ein Marketing/PR Team und ein Team im Bereich

Migration bei einem grossen Hilfswerk.

Cotti: Darauf bin ich gut vorbereitet.

Winiger: Als Schulleiterin habe ich Erfahrung in Führung von Personal, auch absolvierte ich entsprechende Ausbildungen.

BULLETIN: Für die Minderheitsposition innerhalb der Regierung braucht es eine hohe Frustrationstoleranz ...

Weichelt-Picard: Die konnte ich bereits als Kantonsrätin, während acht, und Fraktionschefin, während sechs Jahren, üben. Ich zähle auf eine breite und starke Unterstützung der Alternativen und verschaffe mir einen gesunden Ausgleich mit der Familie, Freundinnen und Freunden, Sport und Zeit für mich selbst.

Cotti: Die Arbeit mit dem Kantonsrat würde für mich die wohl anstrengendste Aufgabe sein. Die Auseinandersetzung im Regierungsrat ist das Trainingsfeld für diese Aufgabe, aber in diesem Gremium würde ich mich gerne auseinandersetzen. Und: Angriffe auf meine Person nicht persönlich nehmen, weiterhin täglich Yoga machen, das hilft.

Winiger: Vom Naturell her braucht es bei mir einiges, bis ich frustriert bin. Passt es trotzdem, kenne ich und nutze ich meine persönlichen Strategien. Und sowieso: nicht unterkriegen lassen.

BULLETIN: Welche Listenzusammensetzung gewährleistet am ehesten den Einzug einer linken Frau in die Regierung?

Weichelt-Picard: Wenn nur Frauen auf der Liste sind, können auch nur Frauen gewählt werden.

Cotti: Dazu sage ich nur soviel: Schön wäre es gewesen, hätte die SP neben einem Mann eine Frau wie Simonetta Somaruga nominieren können.

Winiger: Mathematisch gesehen, wenn möglichst viele Frauen kandidieren. Praktisch, wenn die Personen überzeugend sind. ■

idée suisse – global unterstützt

Millionen von Frauen engagieren sich täglich für eine bessere Zukunft. Das Projekt 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005 hatte sich das Ziel gesetzt, stellvertretend und symbolisch, 1000 Frauen gemeinsam für den prestigeträchtigen Friedensnobelpreis zu nominieren. Den Preis haben die Frauen nicht erhalten, umso wichtiger sind nun die Sichtbarmachung und Vernetzung. Unser Redaktionsmitglied hat mit der Projektleiterin Rebecca Vermot gesprochen.

Interview Judith Kellenberger, geführt am 23.02.2006 in Bern.
Bilder Rebecca Vermot

BULLETIN: Wie ist die Idee überhaupt entstanden?

Rebecca Vermot: Initiantin, Gründerin und Präsidentin des Vereins ist die Berner SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot-Mangold, meine Mutter. Als engagierte Europarätin hat sie viele Flüchtlingslager in Tschetschenien, Armenien, Aserbaidzhan etc. besucht. Sie sah, wie Frauen Kindern Unterricht erteilen, nach Vermissten suchen, Nahrung bereitstellen... Doch niemand sieht diese wichtige Arbeit, die zahlreichen Menschen Hoffnung gibt. Und so entstand die Idee, Arbeit von Frauen für eine gerechte Zukunft, für menschliche Sicherheit sichtbar machen zu wollen. Und weshalb nicht mit dem Friedensnobelpreis für 1000 Frauen? Denn schliesslich sind heute 81 von 92 NobelpreisträgerInnen männlich. Das Projekt will den meist unbekanntesten Frauen, die sich zum Teil unter Lebensgefahr für den Frieden einsetzen, die an der Basis arbeiten, die hartnäckig sind, ein Gesicht geben. Bundesrätin Micheline Calmy-

Rey hat für das Projekt eine Startfinanzierung gesprochen – nur so konnte die Arbeit im Frühling 2003 beginnen.

BULLETIN: Wer war zuständig für die Nomination der Frauen?

Vermot: Wir haben weltweit nach gut vernetzten Frauen gesucht, die sich als Koordinatorinnen für eine ganze Weltregion zuständig erklärten. Frauen zwischen 27 und 81 Jahre alt und mit den verschiedensten Ausbildungen und politischen Ansichten haben sich dem Projekt angeschlossen. Sie und ihre Netzwerke haben zu Nominierungen aufgerufen, diese evaluiert und nach strengen Kriterien je eine bestimmte Anzahl Frauen ausgewählt. Die Selektion wurde dann vom internationalen Projektteam diskutiert und verabschiedet. Als wir zu den Nominierungen aufriefen und die ersten Mails aus Osttimor oder von einer Dalit-Frau (aus der Kaste der Unberührbaren) aus Nepal eintrafen, staunten wir und freuten uns – das Projekt hatte auch abgelegene Winkel der Welt erreicht. Die internationale Solidarität der Frauen kam überraschend und war vielfältig.

BULLETIN: Was war das Ziel eurer Arbeit?

Vermot: Erstens der Nobelpreis, zweitens die Anerkennung der Arbeit von Frauen für den Frieden und drittens die wissenschaftliche Analyse der Arbeitsmethoden und Strategien dieser Frauen. Noch nie stand der Wissenschaft ein solch umfangreicher Datensatz zur Verfügung – mit immerhin über 1000 Nominationsformularen lassen sich einige interessante Fragen beantworten wie zum Beispiel die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Frauen und auch Männern (Netzwerk) oder aber schlicht und einfach die Frage nach der Arbeit von Frauen in diesem Kontext. Bis anhin wurden solche Analysen oft geschlechtsneutral formuliert.

BULLETIN: Ich wurde durch einen Film vom SF DRS auf dieses Projekt aufmerksam. Warum wurde dieser erst nach der Nominierung des Nobelpreises ausgestrahlt?

Vermot: Der Film von Gabriela Neuhaus und Angelo Scudeletti hat das Projekt von Anfang an begleitet. Somit gehörte der Entscheid aus Oslo mit zum Film. Und der Film wurde eine Woche vor der Verleihung des Nobelpreises ausgestrahlt – ein guter Aufhänger. Leider wurde er von der Sternstunde Philosophie auf die Sternstunde Religion verschoben, was ein kleineres Publikum bedeutete. Aber weil der Film auf gute Resonanz stiess, wurde er ein zweites Mal ausgestrahlt und übrigens auch an den Solothurner Filmtagen gezeigt. Überhaupt hat das Projekt grossen Anklang bei der Bevölkerung gefunden. Die zahlreichen Unterstützungsbezeugungen finanzieller wie nicht finanzieller Art haben uns immer wieder ermutigt. Zwar hat es für den Friedensnobelpreis nicht gereicht. Aber die Idee wird weiter leben.

BULLETIN: Was kommt nun?

Die Frauenzentrale Zug zeigt vom 14. bis 17. Juni 2006 im Burgbuchsaaal Zug die Ausstellung zum Projekt. Fotos und Text gibt es zu jeder der aussergewöhnlichen Frauen zu besichtigen.

Öffnungszeiten: Die Ausstellung dauert vom 14. – 17. Juni 2006 Mittwoch und Freitag: 17.00 – 22.00 Uhr, Donnerstag und Samstag: 11.00 – 20.00 Uhr

Specials: Mittwoch, 14.06.2006, 19.00 Uhr: Vernissage mit Ruth-Gaby Vermot, Europaration und Mitbegründerin des Projektes und eine Friedensfrau ist anwesend

Freitag, 16.06.2006: Besuch von 4 Friedensfrauen aus dem Projekt, umrahmt von passender Musik und mit internationalem Essen. ■



Stellvertretend für die 1000 Friedensfrauen.

Vermot: Wir werden in diesem Jahr an regionalen Konferenzen das Netzwerk stärken. In einigen Ländern ist das bereits geschehen. Ziel ist es, Forderungen für eine gerechte Zukunft zu stellen und konkrete Massnahmen für die jeweiligen Regionen zu erarbeiten. Dann wird das UNO-Generalsekretariat neu besetzt, und wir wünschen uns da natürlich eine Frau oder offene Türen für die 1000 Frauen. Frauen müssen einfach vermehrt in wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

BULLETIN: In welcher Sprache versteht Ihr Euch?

Vermot: Meistens in Englisch, aber es gibt Koordinatorinnen, die kein Englisch verstehen. So radebrechen wir in Spanisch, sprechen Französisch und Deutsch – bei der Koordinatorin aus Russland wird es schon schwieriger – diese Sprache versteht niemand von uns... Wenn wir mit den Friedensfrauen kommunizieren wollen, sind wir auf die Hilfe der Koordinatorinnen angewiesen, die Briefe in die lokalen Sprachen übersetzen.

BULLETIN: Der 27. Februar 2006 war ein wichtiges Datum. Warum?

Vermot: Im Church Center vis-à-vis der UNO wurde unsere Ausstellung 1000 PeaceWomen Across the Globe gezeigt. TeilnehmerInnen waren unter anderen Nane Annan, Jan Eliasson, der Präsident der UN-Generalversammlung, Peter Maurer, der Schweizer Botschafter bei der UN. Ferner Noeleen Heyzer, die Direktorin von UNIFEM und Cora Weiss, Präsidentin des Hague Appeal for Peace, die beide auch unter den 1000 Friedensfrauen sind. Es waren aber auch andere Friedensfrauen dabei. Es ist uns wichtig, die Ausstellung und das Buch 1000 PeaceWomen Across the Globe möglichst breit zu streuen, denn beides sind Referenzwerke. Vor allem das Buch zeigt eindrücklich, wo die Sicherheit gefährdet ist, wo Frieden notwendig ist, wie eine gerechtere Welt erarbeitet werden kann.

BULLETIN: Ich bin im Organisationskomitee für die Zuger Ausstellung, welche wir vom 14. bis 17. Juni 2006 im Burgbuchsaal zeigen. Ich weiss, in Zürich war bereits eine, und andere sind geplant.

Vermot: Ja, die Ausstellung gibt es in 300-facher Auflage. Auf 1000 Postkarten werden die Frauen vorgestellt. Die Ausstellung wurde bewusst sehr einfach gehalten,

damit diese in vielen Ländern auf einfache Art und Weise präsentierbar ist, sei es an einer Wäscheleine in Senegal, beidseits der Mauer in Palästina/Israel, auf den wunderschönen Metallständen, die vom Atelier Oi in Zug entworfen wurden. Auf jeder einzelnen Karte mit Foto kann dann nachgelesen werden, was diese Frau besonders auszeichnet.

Die Ausstellung kann von jedermann und jederfrau erworben werden. 1 Set à 1000 Karten kostet Fr. 520.00, oder der Solidaritätspreis für ein Set ist Fr. 1'000.00. Damit ermöglichen Sie uns, die Ausstellung gratis in den globalen Süden zu schicken.

BULLETIN: Vielen Dank für das Interview. ■

Begleitend zur Ausstellung wurden die Fotos und ein Buch gedruckt. Beides kann durch die BesucherInnen erworben werden. Ebenso können noch Aktienanteile à 1000 Franken gekauft werden. Mehr Infos:

www.1000peacewomen.org
www.frauenzentralezug.ch

Fussball und Neomilitarismus

Aus seinen zahlreichen Vorstössen und Voten im Nationalrat greift Josef Lang hier zwei Themen heraus, die ihm als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission besonders am Herzen liegen: den schleichenden Armeemissbrauch in der Schweiz und die imperialistischen Tendenzen in prosperierenden Ländern.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug Bilder istockphoto.com

Am 16. März hat das Parlament gegen den Widerstand der Grünen und einzelner SP- und SVP-Mitglieder einen Rückweisungsantrag der Grünen Fraktion zur Fussball-EM 08 abgelehnt. Die Grüne Fraktion kritisierte primär die 20-fache Kostenüberschreitung, gegen die alle selbsternannten SparpolitikerInnen nichts einzuwenden hatten. Eine weitere zentrale Kritik war die einseitige und teure Priorisierung der Repression gegenüber der Prävention. Ich habe den Antrag gestellt, auf den Armeeeinsatz (10 Millionen Franken) zu verzichten und dafür 5 Millionen für die Fanarbeit und Fanbetreuung einzusetzen. Hier auszugsweise mein Votum im Rat:

«Mein Antrag bedeutet eine Kürzung um 5 Millionen Franken. Er spart die Armeekosten von 10 Millionen Franken ein und verlangt einen verbindlichen und ausreichenden Betrag für eine seriöse Fanarbeit und -betreuung. Was bislang vorgesehen ist, ist quantitativ und qualitativ viel zu schwach. Kurz zum Armeeeinsatz: Bekanntlich fordern wir Grüne die Entmilitarisierung der Inneren Sicherheit. Die starke Ausrichtung der Armee auf innere Einsätze, und dazu gehören auch die so genannten Assistenzdienste, widerspricht Artikel 58 der Bundesverfassung wie auch Artikel 67 des Militärgesetzes. Für einen besonde-

ren Einsatz, den zivilen von Drohnen, fehlt die Rechtsgrundlage gänzlich.

Andere Sicherheitsphilosophie

Vor allem fordern wir Grüne eine völlig andere Sicherheitsphilosophie. Prävention statt Repression, aktive Integration statt reaktive Eskalation. An der Fussball-EM vor sechs Jahren in Belgien und Holland konnten die praktischen Folgen der beiden Philosophien, der liberalen und der autoritären, konkret beobachtet werden. In Holland, wo den Fans ein starkes und professionelles Angebot unterbreitet wurde, ging die EM friedlich über die Bühne. In Belgien, wo die Behörden auf Abwehr und Ausgrenzung setzten und die Fanarbeit vernachlässigten, gab es grosse Krawalle.

Ein anderes Beispiel ist England 1996: Damals erwartete man – nicht zuletzt unter dem nachhaltigen Schock der Heysel-Tragödie* – grosse Gewaltprobleme.

Die englischen Behörden, vor allem die städtischen, setzten auf intensive Fanarbeit und -betreuung. Der Hooliganismus fand deswegen damals nicht statt. Wer jetzt sagt, seit dem 11. September 2001 sei alles anders, hat Recht, wenn er oder sie damit eine autoritärer und repressiver gewordene Sicherheitsphilosophie meint. Aber auf das Fanverhalten trifft die obige Aussage nicht zu. Portugal 2004 war eine friedliche EM, weil die Behörden den Fans auch ausserhalb der Matches etwas geboten haben. Ein anderer wichtiger Unterschied zwischen Belgien und Portugal war der: In Belgien war der Alkohol erlaubt und das Kiffen verboten, in Portugal war es gerade umgekehrt. [...]

Fanbetreuung lohnt sich

Was sind die vier grössten Sicherheitsrisiken an solchen Turnieren?

Erstens: Die Zeit der Fussballspiele ist nur ein Bruchteil der Zeit, die Fans in



EM 08: Fussballbegeisterung ohne Gewaltexzesse?

den jeweiligen Städten verbringen. Es ist wichtig, mit fanspezifischen Rahmenangeboten wie Fussballtourneen, Fanbegegnungen, Konzerten die spiellose Zeit zu füllen.

Zweitens: Viele Fans haben keine Tickets. Damit dieser Umstand nicht zu einem Unruheherd wird, ist mit Grossleinwänden und anderen Angeboten vorzusorgen.

Drittens: Je unsicherer und ängstlicher die Leute sind, die mit den meist fremdsprachigen Fans zu tun haben, desto grösser sind der Stress und die Gefahr von Handgreiflichkeiten. Es gilt, die Polizei, die Angestellten der Gastrobetriebe, des öffentlichen Verkehrs, von Einkaufszentren, aber auch der Medien auszubilden und zu informieren. Ein wichtiger Grund für die Krawalle in Belgien lag darin, dass die Leute mehr Angst vor den Fans als Wissen über die Fans hatten.



Viertens braucht es stationäre und mobile Anlaufstellen, so genannte Fanbotschaften, die Tag und Nacht für die Fans da sind.

Mit dem Hooligan-Gesetz haben wir ein falsches, antiliberales Zeichen gesetzt. Setzen wir mit einer ernsthaften Unterstützung der Fanarbeit und Fanbetreuung sowie dem Verzicht auf einen Armeeeinsatz ein richtiges, liberales Zeichen!»

Verhältnis Schweiz – USA

Der gleiche Bundesrat, dem die Loyalität zu den USA über den Menschenrechten steht, hat ein Freihandelsabkommen mit den gleichen USA zum Scheitern gebracht. Stellt das meine im September-BULLETIN aufgestellte These, dass der Bundesrat in der ersten Hälfte des Jahres einen Kurswechsel zu den USA vollzogen hat, in Frage? Damals hatte ich unter

anderem unter Hinweis auf die Panzerexporte nach Irak und Pakistan oder auf die am 19. Mai 2005 vom Gesamtbundesrat bekannt gegebenen «qualitativen und quantitativen Verbesserungen» der Zusammenarbeit mit den USA eine «ausserpolitische Wende» festgestellt. In der Zwischenzeit ist noch die CIA-Affäre mit den Gefangenentransporten dazugekommen.

Bereits im damaligen Kommentar hatte ich betont: «Der wichtigste Grund für eine neue Aussenpolitik dürfte aber darin liegen, dass sich der Bundesrat macht- und sicherheitspolitisch stärker ins Schlepptau der USA begeben will.» Die wirtschaftliche Zusammenarbeit läuft auch ohne besondere Abkommen, das zeigen nicht zuletzt die Riesengewinne der Pharmakonzerne. Auch für die USA ist die ausserpolitische, insbesondere die sicherheitspolitische Loyalität der Schweiz viel wichtiger als die Er-

höhung der Exportchancen für die Agrarwirtschaft.

Die USA beurteilen die Welt aufgrund ihres Verhältnisses zum «War on terror». Wer mitmacht, wird belohnt, wer nicht mitmacht, wird bestraft. Selbstverständlich erwarten die USA nicht von allen dasselbe. Von Grossbritannien erwarten sie das aktive Mitmachen bei der Kriegführung. Von Deutschland erwarten sie, wenn es schon bei einem völkerrechtswidrigen Krieg abseits steht, dass es mindestens logistische Hilfe leistet und den Bundesnachrichtendienst zur Verfügung stellt. Was die Schweiz betrifft, sind die USA vor allem daran interessiert, die Legitimitätsressource «Neutralität» anzupfen. Diese hat weltweit, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, ein grosses Prestige. Deshalb waren die USA so erpicht darauf, Schweizer Panzer im Irak einzusetzen. Das gleiche gilt für Afghanistan, wo ein Schweizer Einsatz zusätzlich dazu dient, andere Länder stärker in die Pflicht zu nehmen. Ausserdem ist vor allem auf der Ebene der Geheimdienste die Zusammenarbeit sehr eng und für die USA und Grossbritannien sehr nützlich.

Es geht um Rohstoffe, nicht um Menschenrechte

Seitens der schweizerischen Armee- und VBS-Führung besteht ein hohes Interesse, die militärischen Auslandseinsätze auszubauen. Weil die Landesverteidigung ebenso anachronistisch geworden ist, wie es im frühen 19. Jahrhundert die Schanzen, Bollwerke und Mauern der Schweizer Städte wurden, und weil die Einsätze im Inneren höchst umstritten und verfassungswidrig sind, ist die Armee zur Sicherung ihrer eigenen Existenz auf eine Vermehrfachung der Auslandseinsätze angewiesen. Dieses militärische Interesse der Schweizer Armee trifft sich nicht nur mit dem des US-amerikanischen «War on terror». Beide tref-

fen sich in den zwei historischen Hauptaufgaben aller Armeen der entwickelten kapitalistischen Länder: die Sicherung der Rohstoffquellen und -zufuhr und die Abwehr von Migrationsströmen. Diese befürchtet man nicht zuletzt wegen dem durch die Treibhausgase verursachten Klimawandel, der riesige Völkerwanderungen provozieren könnte.

Wer die Krisenszenarien der USA, der Nato, der EU wie auch der Schweizer Armee studiert, der trifft immer auf die zwei erwähnten Hauptgefahren. Als sich die Nato im April 1999 unmittelbar nach ihrem völkerrechtswidrigen Kosovokrieg von einem atlantischen Defensiv- in ein globales Offensivbündnis verwandelte, betrachtete sie in ihrem Strategiedokument die «Garantie der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen» sowie die «Abwehr der unkontrollierten Bewegung einer grossen Zahl von Menschen» als ihre Hauptaufgaben. Um Ähnliches geht es bei den Interventions-Szenarien der Europäischen Union (EU), wie beispielsweise ihr «European Defence Paper» aus dem Jahre 2004 illustriert: «In einem Land X, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.» Ziel sei es, «das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes X zu erhalten.» Da die EU realistischweise davon ausgeht, dass die UNO für eine solche Neuauflage der alten Kanonenbootpolitik schwer zu gewinnen ist, verzichtete sie in der glücklicherweise abgelehnten Verfassung vorsorglicherweise auf eine Mandatierung durch den Sicherheitsrat. In ihren «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Februar 2000 begründete die Schweizer Armee die «Ausrichtung des Gesamtsystems auf Interoperabilität» mit der Nato mit folgenden «Risiken»: «Ressourcen-, Wasser- und Nahrungsmittelman-



Alles dreht sich um die Kontrolle der Rohstoffe.

gel sowie Armutswanderungen.» Bereits vor dem 11. September 2001 empfahl der US-Vizepräsident Dick Cheney im Punkt 8 der «National Energy Policy», Sanktionen gegen andere Staaten in den Dienst der Sicherung der eigenen Energieversorgung zu stellen.

Globaler Neomilitarismus

In der Sicherung der hauptsächlich in der Dritten Welt vorkommenden und langsam aber sicher ausgehenden Rohstoffe zugunsten eines auf dem Fossilismus bauenden Kapitalismus und in der Absicherung des Nordwestens dieses Plane-

ten gegen die Armen des Südens liegt der Sinn des globalen Neomilitarismus. Allerdings hätte sich dieser mit den Argumenten, wie sie in internen Szenarien geschildert werden, nie derart ausbreiten können. Das gelang ihm nur mit einer Menschenrechts-Rhetorik, für die Tyrannen wie Slobodan Milosevic die Rolle eines «diabolus ex machina» spielten.

Neu ist der Missbrauch guter Ideale für schnöde Interessen nicht. Als die britische Armee Indien besetzte, tat sie es mit dem Argument, die Barbarei der Witwenverbrennung auszurotten. Als die Briten Indien verliessen, waren sie viel reicher, die Inder viel ärmer und die Witwenverbrennung gab es immer noch. Als König Leopold den Kongo kolonisierte, was einem Drittel der Menschen das Leben kostete, lautete sein auch von Idealisten geglaubtes Motiv, es ginge um die Befreiung Schwarzafrikas vom arabischen Sklavenhandel.

Schweizer Armee im Ausland

Als es vor fünf Jahren, im Juni 2001, um die bewaffneten Auslandeinsätze der Schweizer Armee ging, war noch nicht derart klar, worum es beim kontinentalen und globalen Ausgreifen der helvetischen und anderer Armeen ging. Heute kommt die Befürwortung weiterer Auslandeinsätze einem Ja zur Neuauflage des europäischen Kolonialismus und zur Stärkung des US-Imperialismus gleich. Und es bedeutet die Komplizenschaft bei der Verletzung von Menschenrechten, bei der Spaltung zwischen muslimischer und abendländischer Welt und bei der Verlängerung einer Rohstoff- und Energiepolitik, welche mit dem Krieg schwanger geht. ■

**Im Heysel-Stadion in Brüssel haben am 29. Mai 1985 Liverpooler Hooligans den Block der Juventus-Turin-Fans gestürmt. In der anschliessenden Massenpanik kamen 29 Menschen zu Tode.*

Das Geschwätz vom Wachstum

In ihrem Buch «Das Geschwätz vom Wachstum» setzen sich Urs P. Gasche und Hanspeter Guggenbühl mit dem Wirtschaftswachstum auseinander, das von Unternehmerseite zum Zauberwort für die Lösung anstehender Probleme emporstilisiert wird. Ist das berechtigt? In der heutigen Zeit rackern sich die Arbeitnehmer ab, leiden an gesundheitlichen Störungen und kennen kaum noch die Freude an der Arbeit. Dabei «verdienen» sich ein paar wenige eine goldene Nase auf Kosten anderer.

**Judith Kellenberger, Redaktorin BULLETIN
Bild Adelina Odermatt**

Also, Wachstum kann das Zauberwort nicht sein. Dagegen sprechen die Rekordgewinne der Banken und Grossunternehmen. An den Managern allein kann es nicht liegen. Diese können nur abbauen, aber eigene, konstruktive Ideen haben sie kaum. Dafür entwenden sie den Unternehmen Geld (ihre Spitzensaläre), das diese dringend brauchen würden, um innovativ zu sein und auch Risiken eingehen zu können. Eine zufriedene und gut verdienende Mittelschicht ist der Garant für Steuereinnahmen und Wohlergehen eines Landes.

Fragen

Seit 1968 wuchs das Bruttoinlandprodukt in der Schweiz um 50 Prozent – um 50 Prozent real und pro Kopf, also nach Abzug der Bevölkerungszunahme und der Teuerung. Hier stellen sich die Fragen: Geht es uns jetzt um 50% besser? Ist unser Arbeitsplatz sicherer? Fällt es uns leichter, Mieten und Krankenkassenprämien zu bezahlen? Ist die Qualität unse-

res Lebens heute um 50% höher als 1968? Sind wir darum glücklicher?

Natürlich gibt es Errungenschaften, ohne die wir uns das Leben kaum mehr vorstellen können. Computer, Handy, Waschmaschine, Autobahnen und den gut ausgebauten öffentlichen Verkehr möchten wir nicht mehr missen. Aber: Bei wirtschaftlich Schwachen haben sich die Lebensverhältnisse in den letzten zwei Jahrzehnten verschlechtert! Auch die Zahl der Fürsorgebedürftigen hat zugenommen. Es entstand eine wachsende Wirtschaft mit sinkendem Wohlstandserfolg. Das wirtschaftliche Wachstum frisst Erholungsräume, verursacht Lärm und reichert Wasser, Böden, Luft und Nahrungsmittel mit Schadstoffen an.

Teilen

Die Arbeitsproduktivität sollte das wichtigste Erfolgskriterium der Wirtschaft sein. Die richtige Antwort auf Arbeitslosigkeit ist so einfach wie einleuchtend: Man muss die verbliebene Arbeit besser verteilen! Weniger Arbeitsstunden für Einzelne ergeben mehr Arbeitsplätze für alle. Der solidarische Druck im Jahre 1993 erreichte, dass der VW-Konzern die Entlassung von 30'000 MitarbeiterInnen unterliess. Unternehmensleitung und Gewerkschaften einigten sich anstelle von 36 Wochenstunden auf deren 28.8 bei gleichzeitigem Lohnabbau. Was hilft, ist gerechtes Teilen, nicht Wachstum.

Da stellt sich die Frage: Warum müssen immer die ArbeitnehmerInnen die Zeche bezahlen? Die Rekordgewinne gehen ja stets auf denselben Haufen. Also soll auch von dieser Seite mehr Risiko getragen werden.

Subventionen

Die grassierende Subventionswirtschaft ist überholt. Warum sollen die reichen Unternehmen indirekt Kaffee,



Wirtschaftsgigantismus auf Kosten von Mensch und Umwelt

Baumwolle und Fischfang mit Milliarden an Steuergeldern mitfinanzieren, während diese Firmen damit die Nahrungsgrundlagen in den ärmsten Ländern der Welt zerstören? Früher waren die Menschen in den Drittweltländern Selbstversorger. Seit wir da unsere «Hilfe» einbringen, leiden immer mehr Menschen an Hunger, haben kein Zuhause und werden immer ärmer.

Wie entsteht Krieg?

Die Armen kriegen nicht genug, was letztlich zu Krieg führt. Nicht genug kriegen an Arbeit, Nahrung, Land, Gerechtigkeit etc. führt zu Auflehnung, Gewalt und Terror. Terror ist ein Krieg der Armen und Entrechteten, weil sie nicht kriegen, was sie benötigen. Wer Frieden und Gerechtigkeit will, muss dafür besorgt sein, dass alle von allem genug kriegen. ■

Literaturangabe: Urs P. Gasche/Hanspeter Guggenbühl: Das Geschwätz vom Wachstum, 180 Seiten, Orell Fuessli Verlag, 29.80 Franken.

Buch



Büchermail

Lorenz Gerber, Unterägeri
Ulla Schiesser, Zug

Liebe Ulla

Nie während meiner Schulzeit habe ich mir vorstellen können, dass Mathematik etwas mit dem wirklichen Leben zu tun hat. Und dann so was! Da glaubt eine Frau, nicht nur den Mann ihrer Träume gefunden zu haben, sondern auch die mathematische Formel für die Liebe. Die Formel, die Liebe schafft und ewig dauern lässt. So er-

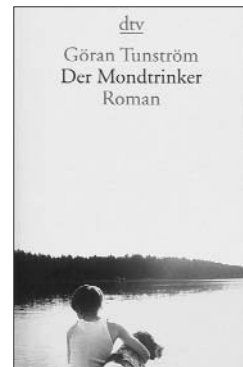
sem Satz das Buch zuklappen können, zufrieden über die Untauglichkeit mathematischer Formeln punkto Gefühl und Leidenschaft. Aber ich las weiter und litt mit, erlebte das Schicksal Ninas und Chuchos, immer wieder erstaunt über Gleichungen und Axiome, die tatsächlich zuzutreffen schienen. Und wider besseres Wissen war ich am Ende der Geschichte unsicher, ob «dort, wo man sich verzehrt, jedes mathematische Kalkül unmöglich ist».

Das gilt nicht für Daniel Price, den High-School-Absol-

tragen würde und die Sorgen um Arbeit und Geld und das Weiterkommen im Leben zu Nebensächlichkeiten machten, die an den Ufern zurückblieben, indes mich die Fluten mit sich nahmen.» Das Schicksal begegnet Daniel in der Person Rachels, einer jungen Frau, neu in der Stadt, schön und rätselhaft zugleich. «Ihr Gesicht war so offen, ihr Lächeln so direkt, dass es war, als schaute ich in ein offenes Buch, allerdings ein Buch, geschrieben in einer Sprache, die ich nicht verstand.» Daniel ist trunken vor Leidenschaft für Rachel. Der Autor beschreibt schlicht und fast beiläufig das Erwachsenwerden und die Probleme Jugendlicher in einer kleinkarierten und bigotten Gesellschaft. Die Details sind oft wichtiger als die grossen Ereignisse, immer wieder wird Alltägliches, Nebensächliches zu aussagekräftigen Metaphern. Zum Beispiel als Daniel in seines Vaters privater Truhe ein Bündel alter Stellenanzeigen, Wettbewerbsformulare und Werbeprospekte findet. Erstaunt liest Daniel deren Inhalt und legt sie unkommentiert zurück. Nur der Leser und die Leserin erkennen darin die nicht in Erfüllung gegangenen Wünsche und Hoffnungen des vom Leben enttäuschten Vaters. Dass Tesich einfach den adoleszenten Jugendlichen beschreiben und sprechen lässt, macht aus dem Roman ein unglaublich dichtes und emotional starkes Buch.

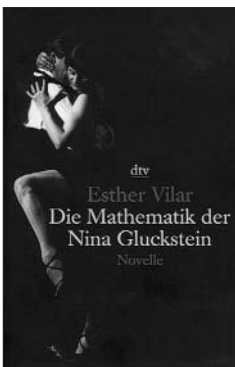
Lieber Lorenz

Auf meinem letzten Raubzug durch dein Bücherregal

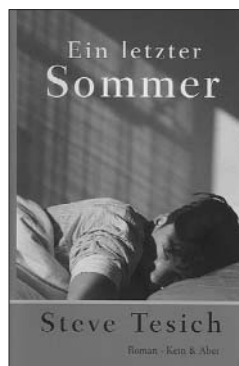


fand mich auch **Göran Tunströms** Buch **Der Mondtrinker**, das einen in die karge, isländische Landschaft entführt. In meinem Kopf häufen sich Superlative: magisch, poetisch, melancholisch, schräg, witzig, wunderbar. Erzählt wird von der Beziehung zwischen einem allein erziehenden Vater und dessen Sohn Pétur. Vater Halldor ist ein berühmter Mann, denn er verliest im isländischen Radio den Fischereibericht. Pétur sitzt stundenlang vor dem Radio und lauscht der Vaterstimme, bis dieser nach Hause kommt und für ihn kocht und musiziert. Feinfühlig wird die grosse Liebe zwischen den beiden beschrieben, aber auch der Wandel, der eintritt, als Pétur erwachsen und sein Vater in eine Nervenklinik eingeliefert wird. «Ein Buch über die Lächerlichkeiten, die insgesamt den Namen der Liebe tragen.»■

Literaturangaben: Steve Tesich: Ein letzter Sommer, Kein + Aber; Göran Tunström: Der Mondtrinker, dtv; Esther Vilar: Die Mathematik der Nina Gluckstein, dtv.



klärt die Erzählerin in **Esther Vilers** Novelle **Die Mathematik der Nina Gluckstein** die Strategie der Protagonistin Nina, die den argentinischen Frauenschwarm Chucho Santelmo leidenschaftlich liebt und diese Liebe bis ans Ende ihrer Tage bewahren möchte. Überzeugt, dass mathematische Gesetze auch auf die Liebe übertragbar seien, glaubt sie an ein «Mittel, einen anderen an sich zu ketten, das fast mit tödlicher Sicherheit funktioniert: Man darf sich seine Liebe nicht wünschen.»
Eigentlich hätte ich nach die-



venten in **Steve Tesichs** Roman **Ein letzter Sommer**. Die unbeschwerten Tage seiner Jugend in einer amerikanischen Provinzstadt der 60er Jahre scheinen gezählt. Seine ungewisse berufliche Zukunft, der desillusionierte und kranke Vater sowie die zerrüttete Ehe seiner Eltern machen dem jungen Mann zu schaffen. Aber dann taucht der Faktor Schicksal in Daniels Leben auf: «Ich sprach das Wort laut aus. Es klang wunderbar. Schicksal. Wie der Name eines reissenden Flusses, der mich davon-

Kino



FLiZ-Programm im Kino Gotthard

April bis Juni 2006



Montag, 10. April 06, 20.00 Uhr: LA NEBULEUSE DU COEUR – ein Film von Jacqueline Veuve, CH 2005

Jacqueline Veuve bekam einen Herzschrittmacher. Von dieser Erfahrung ausgehend, begibt sich die Autorin auf eine Reise, die nicht nur den physischen Aspekt des Herzens untersucht – von Herztransplantationen angefangen bis zu den Überlegungen, wie es sich mit einem fremden Herzen lebt. Von Gärtnern, die Baumherzen verpflanzen bis zur Kirchensymbolik, der Herzsymbologie vom Mittelalter bis jetzt. Ein reicher Boden, den niemand besser umsetzen kann als Jacqueline Veuve!

Jacqueline Veuve ist am 10. April anwesend!

Montag, 8. Mai 06, 19.00 Uhr: (evtl. vorverschobener Beginn): DIE GROSSE STILLE – ein Film von Philip Gröning, D 2005



Der Film erlaubt einen einmaligen Blick ins Leben der legendären Karthäuser in der «Grande Chartreuse», dem Mutterkloster des legendären Schweigeordens. Ein Kinoereignis! Eine strenge, fast stumme Meditation über das Klosterleben in seiner reinsten Form. Ohne Musik, ohne Interviews, ohne Kommentare. Nur der Lauf der Zeit, der Wechsel der Jahreszeiten und das sich immer wiederholende Element des Tages: das Gebet. Philip Gröning ist angefragt, falls er nicht kommen kann: ein Einführungsreferat einer theolog. Kapazität. (Dauer 162 min)

März steht noch nicht fest! Wenn «Darwins nightmare» in Zug nicht gezeigt wird, bringt ihn das FLiZ!

Montag, 12. Juni 06, 20.00 Uhr (in Verhandlung): DIE SPIELWÜTIGEN von Andres Veiel, BETWEEN THE LINES (Hijras in Indien) von Thomas Wartmann, D 2005 (ohne Verleih in der CH), und immer noch DARWINS NIGHTMARE von Hubert Sauper. ■

Philippe Koch - neuer Sekretär der Alternativen

Am 3. Januar hat Philippe Koch mit einem 40%-Pensum seine Arbeit als Sekretär der Alternativen aufgenommen. Er stellt sich gleich selber vor:

Meine ersten drei Lebensjahre verbrachte ich in Bejaïa (Algerien), wo ich am 19.11.1977 geboren wurde. Nach weiteren Zwischenstationen in Genf und Amerika liessen sich meine Eltern, meine Schwester und ich 1983 in Inwil (Baar) nieder. Nach dem Erreichen der Maturität an der Kantonsschule Zug begann ich 1999 in Bern zu studieren. Das Studium der Politikwissenschaft, der Geschichte und der Soziologie sollten mein Verständnis für die Welt und die politischen Zusammenhänge schärfen. Wie die Welt oder zumindest die politische Schweiz im Alltag funktioniert, davon konnte ich mir bei meiner Anstellung im Staatssekretariat für Wirtschaft ein - wenn auch unvollständiges - Bild machen. Im Herbst 2005 beendete ich mein Studium erfolgreich und arbeite nun seit November 2005 zu 50 Prozent an meiner Dissertation im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts



«Challenges to Democracy in the 21st Century» in Zürich.

Meine Motivation bei den Alternativen des Kantons Zug als Politischer Sachbearbeiter zu arbeiten, beruht auf meinem Wunsch, neben der Analyse der Politik etwas näher am politischen Geschehen tätig zu sein. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Politik hat ihren intellektuellen Reiz - doch gesellschaftlich wirksamer und persönlich lustvoller scheint mir das eigene und gemeinsame politische Tätigsein. Ich freue mich darauf, mit meiner Arbeit und in der Zusammenarbeit mit euch zum Erfolg der Alternativen beitragen zu können und Ende Oktober die Wahl einer/s neuen alternativen Regierungsrätin/rats zu feiern! ■

1986 – 2006: Zwanzig Jahre sozialistisch-grün- alternativ

Die SGA feiert dieses Jahr ihr 20-jähriges Bestehen und wird dieses Jubiläum vielfältig begehen. Den Auftakt macht ein sommerlicher Jubiläumsanlass am

Donnerstag 8. Juni 2006, 19.00 Uhr, Burgbachsaal, Zug, im Anschluss an die SGA-Jahresversammlung.

Der zweite Streich wird die BULLETIN-Jubiläumsnummer sein, die Ende Juni erscheint.

Und als Höhepunkt folgen im Herbst die kantonalen

und gemeindlichen Wahlen. Reflexion, Bilanz, (neue) Zielformulierung und eine aufgeräumte Stimmung – das sind die richtigen Voraussetzungen, um erfolgreiche und nachhaltige rotgrüne Politik zu betreiben.

Informationen zum Jubiläumsevent folgen auf der

Website www.sga-zug.ch und in der Einladung zur GV.

Neugierige und Festfreudige erfahren mehr bei Rupan Sivaganesan, SGA-Vorstandsmitglied und Koordinator des SGA-Jubiläumsanlasses: srupan@gmail.com Telefon 078 834 46 44 ■



Masse statt Klasse – das ist das Motto des **CVP-Vierertickets für den Zuger Stadtrat**. Der Absturz von zwei auf null Sitze konnte bei den letzten Wahlen nur ganz knapp verhindert werden. Ob mit einem Politfossil, zwei politisch völlig unbekanntem Quereinsteigern und einer Gemeinderätin, die bisher ausser der Auflösung einer Kommission, die sie präsidierte, wenig Greifbares zustande brachte, der Sitz gehalten werden kann, weiss nicht einmal die SVP. Die wissen sonst doch immer alles besser.

Ein Wahlkampfthema bei den Bürgerlichen steht schon fest: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer baut am meisten Strassen in diesem Land. Wir finden das insbesondere im Fall des freisinnigen Listenfüllers **Bruno Briner** sinnig: Die Wahrscheinlichkeit, dass er im Herbst Regierungsrat wird, ist etwa so gross wie der Bau aller Strassen im kantonalen Richtplan.

Im übrigen dürften die übrigen Schon- und Noch-Nicht-Regierungsrätinnen und -räte aufatmen, dass das so ist. **Briner** würde es ja «wie der **Blocher** machen: ich täte überall mitregieren.» Merke: hier regiert der Konjunktiv ...

Täte, würde, könnte, wäre. Täte in Bern das Volk regieren, würde die Swisscom nicht privatisiert, dafür könnte **Blocher** wieder privatisieren und viele wären glücklich. Merke: leider regiert der Konjunktiv

nicht immer...

Von Bern nach Sachseln umgezogen ist der – herrje!! – Kommunist **Josef Zysiadis**. Und verlangt jetzt sinnigerweise ein eidgenössisches Katastrophenzentrum im Kanton Obwalden. Ob die Obwaldner die Ironie dieses Vorstosses erfasst haben, wissen wir nicht. Aber wir wissen, wer der erste Kunde wäre. Der Stadtzuger Grosse Gemeinderat – wegen **Ulrich Straubs** Ratsführung.

Die Qualität derselben ist nach dem regierungsrätlichen Beschwerdeentscheid zum Steuerrabatt jetzt nämlich aktenkundlich.

Der im GGR von **Straub** dargebotene Einakter ist dank Tonbandprotokoll der Nachwelt erhalten: «Ratspräsident Ulrich Straub: Gut, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, wenn das Ihnen Recht ist, über die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen mit 70% auf der Basis der kantonalen Einheitssätze abzüglich (und das ist der neue Antrag jetzt, den ich gegenüber dem Antrag der GPK stellen möchte) 5 % . Ich darf die Stimmentzähler bitten. Wer dem Antrag der bürgerlichen Fraktionen auf...

Urs B. Wyss: Stopp!

Arthur Cantieni: warte schnell.

Urs B. Wyss: Wir haben drei Anträge, hochgeachteter Präsident: Der Antrag des Stadtrates 70%, der Antrag der GPK 68% und der Antrag der

FDP, CVP und SVP-Fraktion 65%. Das sind drei Anträge. Jetzt bitten Sie....(auf dem Band Rest nicht verständlich, weil vom Platz aus gesprochen)

Ratspräsident Ulrich Straub: Nein, ich werde das nicht so machen. Ich werde den neuen Antrag zuerst abstimmen und werde dann, wenn es nötig ist, den Antrag der GPK gegen den Antrag des Stadtrates stellen. Aber ich möchte jetzt zuerst über den Antrag 5% abstimmen, wenn Ihnen das Recht ist. Also nochmals. Antrag...

Arthur Cantieni: Der GPK-Antrag steht immer noch?

Ivo Romer: Ja.

Arthur Cantieni: Dann sind drei Anträge.

Hans Christen: Dann gibt es eine Dreifachabstimmung.

Ratspräsident Ulrich Straub: Ich möchte das ein bisschen anders machen als es bisher gemacht wurde. Es schreibt mir niemand vor, wie ich abzustimmen habe, ansonsten Hans Christen: Doch, die Geschäftsordnung.»

Vorhang!

Weil die Geschäftsordnung den Straub nicht kümmerte, darf der GGR jetzt nachsitzen und die Stadt den Beschwerdeführerinnen und -führer 600 Franken Parteientschädigung bezahlen. ■



Veranstaltungskalender

DI, 4. April: Generalversammlung Krifo Alternative Cham
20.00, Rest. Vilette, Cham

MI, 5. April: Mitgliederversammlung Alternative Kanton Zug und Parolenfassung
19.00, Siehbachsaal, Zug
Erste Mitgliederversammlung der Alternativen. Parolenfassung für kantonale und nationale Abstimmungen.

MO, 10. April: Gemeindeversammlung Cham
20.00, Lorzensaal, Cham

MI, 12. April: Generalversammlung Freie Wähler Menzingen
20.15, Sonnenberg 34, Menzingen

DI, 2. Mai: GV WWF Zug
19.00, Dachraum Stadt- und Kantonsbibliothek mit Vortrag von Dr. Stutz: «Fledermäuse auf Wohnungssuche».

MI, 3. Mai: Alternative Monatsbar und GV BULLETIN des alternativen Zug
18.30, Siehbachsaal, Zug.
Nachessen und Barbetrieb.

DO, 11. Mai: Nomination SGA-Stadtratskandidatin.
19.00, Ort wird bekannt gegeben. Referent Balthasar Glättli, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich und Fraktionschef Grüne Gemeinderat Stadt Zürich.

SA, 13. Mai: Alternativer Dorfrundgang, Frische Brise Steinhäusen
Ab 14.30, Dorfplatz Steinhäusen.

Bis 21.00 Verpflegungsmöglichkeit und Spielangebot.

Adressen



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug

Postfach 4806, 6304 Zug
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

Freie Wähler Menzingen

Postfach 112, 6313 Menzingen
www.maenzige.ch
m.aepli@gmx.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123, 6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
rosemarie.faeandrich@data-zug.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber
Unt. Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KRIFO Alternative Cham

Esther Haas
Sonneggstr. 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

SGA Zug/Baar

Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 1, März 2006, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1400 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1049 Ex.

Abonnements: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 2/2006: Freitag 16. Juni 2006

Erscheinungsdatum: Donnerstag 29. Juni 2006

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

FR, 19. Mai: Nominationsversammlung Alternative Kanton Zug für die Regierungsratswahlen

Nachtessen 18.30, Nominations 20:00, Restaurant Brandenberg (Saal 1. Stock), Zug

SA, 20. Mai: Baarer Velo-Börse 2006

8.00-15.00, Schulhausplatz Marktgasse, Baar. Velo bringen bis 11.00.

SA, 20. Mai: Zuger Kunstnacht

14.00-02.00, Drei Museen und 13 Galerien öffnen am 20. Mai 06 in Zug ihre Türen bis spät in die Nacht und laden zu einer spannenden Entdeckungsreise ein.

Mehr Infos unter www.zugerkunstnacht.ch.

SA/SO, 20./21. Mai: Abstimmungswochenende

Kanton: «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe»

«Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten»

Bund: Neuordnung über die Verfassungsbestimmung zur Bildung

DI, 30. Mai: Generalversammlung Gleis 3

19.30, Verenasaal, Rotkreuz

DO, 1. Juni: Höck Freie Wähler und SP

20.25, Restaurant Gubel, Menzingen

FR, 2. Juni: Frauenrundgang

Rückblick auf zwei Jahrhunderte Frauengeschichte in unserem Dorf, Frauennetz Steinhausen

18.30, Dorfplatz, Steinhausen

MI, 7. Juni: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 8. Juni: 20 Jahre SGA – Jubiläums-Jahresversammlung und Fest

19.00, Burgbachsaal, Zug
Jahresversammlung inkl. Nominations der KandidatInnen für den Gemeinderat Zug und den Kantonsrat Zug von Zug und Baar.

MO, 12. Juni: Gemeindeversammlung Risch

20.00, Dorfmatte, Rotkreuz

MO, 12. Juni: Gemeindeversammlung Menzingen

20.00, Schützenmatt, Menzingen

MO, 12. Juni: Gemeindeversammlung Baar

20.00, Gemeindesaal, Baar

MI bis SA, 14. bis 17. Juni: Ausstellung «1000 Frauen für den Frieden»

Öffnungszeiten: Mittwoch und Freitag: 17.00-22.00, Donnerstag und Samstag: 11.00-20.00.

Specials: Mittwoch, 19.00: Vernissage mit Ruth-Gaby Vermot, Europarätin und Mitbegründerin des Projektes und einer Friedensfrau. Freitag: Besuch von 4 Friedensfrauen aus dem Projekt – mit Musik und Essen.

MO, 19. Juni: Gemeindeversammlung Oberägeri

20.00, Maienmatt, Oberägeri.

DO, 22. Juni: Gemeindeversammlung Steinhausen

20.00, Dorfplatz, Steinhausen.

MI, 5. Juli: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug. Nachtessen und Barbetrieb.

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

--

